Nr. 113 ♦ 38. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 58

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— M., monatl. 10,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21,50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" und der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 5,50 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 1,50 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1,— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1,— M., jedes weitere Wort 60 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 3,— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197

Mittwoch, den 9. März 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54

Heimreise von London.

London, 8. März. (WTB.) Die deutsche Delegation hat London um 2 Uhr nachmittags im Sonderzuge verlassen.

Die Behauptung, daß einige deutsche Sachverständige in London bleiben, wurde schon am Nachmittag vom WTB. dementiert.

Die Botschafter Frankreichs und Britanniens kehren nach Berlin zurück.

Der wirtschaftliche Friedensbruch.

Berlin, 8. März. (WTB.) Die heute im Reichstag versammelten parlamentarischen Vertreter der besetzten Gebiete haben einmütig was folgt erklärt: Die von den gegnerischen Mächten angedrohte Errichtung eines besonderen Zollgebiets am Rhein würde eine offensichtliche schwere Verletzung des Versailler Friedens bedeuten, da die Errichtung eines solchen Zollgebietes nicht, wie der Versailler Frieden als Bedingung für eine solche Maßregel vorsieht, den Interessen des besetzten Gebietes dienen, sondern im Gegenteil diese Interessen auf das schwerste schädigen würde. Aber auch die Errichtung eines besonderen Zollgebietes und die damit unzweifelhaft verbundene wirtschaftliche Schädigung der besetzten Gebiete wird die Bevölkerung dieser Gebiete in ihrer Treue zum deutschen Vaterland nicht wankend machen.

Die Abgeordneten der besetzten Gebiete, und zwar Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum und Rechte erlassen einen entsprechenden Aufruf an die Rheinländer, Rheinhessen und Rheinpfälzer.

Das Brandmal.

London, 8. März. (Hollandsch Nieuwsbureau.) Lloyd George erklärte gestern im Unterhaus in Beantwortung einer Anfrage, was geschehen würde, wenn Deutschland Waren über Holland oder irgendein anderes Land ausführen würde: Wir werden diesen Ländern eine Mitteilung über Waren deutscher Herkunft zukommen lassen und werden betrügerische Transaktionen nicht zulassen. Wir werden zu verstehen geben, daß die Herkunft der Waren entscheiden wird. Wenn das Parlament ein Gesetz beschließt, das von Waren deutscher Herkunft die Hälfte des Preises an das Schatzamt bezahlt werden muß, dann weiß jeder Schwede und Holländer, woran er sich zu halten hat. — „Daily Mail" sagt: Es besteht Grund zu der Annahme, daß jeder deutsche Versuch, die neue Zollgrenze durch den Handel über Rotterdam oder andere Häfen zu umgehen, durch eine Blockade vereitelt werden würde.

Die Sieger von Düsseldorf.

Düsseldorf, 8. März. (WTB.) Das Kommando über die alliierten Truppen in Düsseldorf hat der französische General Degoutte. Um 12 Uhr wurden von ihm die Spitzen der Stadtverwaltung und der staatlichen Behörden empfangen. In der Mittagsstunde sind noch zwei britische Marinefahrzeuge auf dem Rhein eingetroffen. Das Militär zog in schwerster Kriegsausrüstung ein. Die Polizei tut ohne Waffen Dienst.

Auch Duisburg wurde um 2 Uhr nachmittags durch Franzosen ohne Zwischenfälle besetzt.

In der Besprechung mit den Düsseldorfer Behörden erklärte der französische General, man betrachte den Besetzungsakt nicht als eine militärische Aktion, sondern als eine Aktion der Justiz. Im Laufe des Nachmittags werde der Belagerungszustand verhängt werden. Er hoffe, bald Erleichterungen einführen zu können. Alle Theater, Kinos und Vergnügungsstätten sind geschlossen. Landeshauptmann v. Renvers fragte an, ob am 17. März der Provinziallandtag der Rheinprovinz zusammentreten könne. Der französische General entwortete ihm, daß morgen eine Antwort darauf erteilt werde. Die Schutzpolizei mußte ihre Waffen an die Entente abliefern. Der Zugverkehr hat bisher keinerlei Einschränkung erfahren. Auch Post und Telegraphen spielen noch ungestört. In Köln ist eine Verschärfung der Zensur und eine Post- und Telegraphenüberwachung eingeführt. Im linksrheinischen Stadtteil von Düsseldorf waren Geschütze in großer Menge aufgestellt. Auch sechs Tanks sind in der Nacht über die Brücke von Oberkassel gekommen. Auch französische Gendarmerie ist in großer Zahl eingetroffen. Der ganze Zug wurde kinematographisch aufgenommen.

In einer Proklamation des Ententekommandos heißt es: Die deutschen Behörden und die öffentlichen Dienststellen werden unter der Kontrolle der Besatzungsbehörden ihren Dienst weiter versehen. Kein Streik wird geduldet. Jede Person muß ihre Identität nachweisen können. Jeder Auflauf sowie jede Kundgebung auf der Straße sind untersagt. Private und öffentliche Versammlungen dürfen nur mit Genehmigung des Ortsdelegierten stattfinden. Die Ein- und Ausreise in und aus der besetzten Zone ist bis auf weiteres untersagt, ausgenommen die täglichen Wege zur Arbeit. Beim Eisenbahnverkehr ist der Personenverkehr vorläufig untersagt, Arbeiterzüge und internationale D-Züge sind ausgenommen. Zeitungen, Flugblätter, Flugschriften, Anschlagzettel usw., überhaupt sämtliche für das Publikum bestimmte Schriftstücke dürfen allein mit vorheriger Genehmigung des Ortsdelegierten verteilt oder angeschlagen werden. Post, Telephon- und Telegraphenverkehr erleiden keine Unterbrechung, jedoch sind sie einer Kontrolle unterworfen. Jede grobe Zuwiderhandlung gegen die Strafgesetze oder gegen diese Verordnung wird kriegsgerichtlich verfolgt, leichtere Vergehen unterliegen Gefängnis- oder Gerichtsstrafe.

Keine Zugbeschränkung nach dem Westen.

Wie wir auf der Eisenbahndirektion hören, tritt vorläufig eine Aenderung im Fahrplan der Züge nach den von der Besetzung bedrohten Städten nicht ein. Der Verkehr von und nach dem Westen wird bis auf weiteres in gewohnter Weise aufrechterhalten.

C.G.T. und Wiederaufbau.

Paris, 8. März. („Köln. Ztg.") Der Allgemeine Arbeiterbund (C.G.T.) hat auf den 21. März eine große Volksversammlung einberufen, die dazu führen soll, irgendeinen Organismus zu schaffen, der die Frage des Wiederaufbaues von der praktischen Seite anfassen soll. Bekanntlich hat der Führer der französischen Gewerkschaften, Jouhaux, wiederholt den Standpunkt vertreten, daß der Wiederaufbau nur international geregelt werden könne. Man darf also erwarten, daß durch die Anregung der C.G.T. endlich die Frage in Frankreich zum Gegenstand einer allgemeinen Erörterung gemacht wird.

Gewerkschaftler unerwünscht!

Kaum hat Lloyd George den Protest der Gewerkschaftsinternationale gegen die Pariser Beschlüsse durch eine Hohnepistel an die „holländischen Gewerkschaften" beantwortet, da folgt auch schon der zweite Streich: Herr Le Rond hat dem Internationalen Gewerkschaftssekretär Genossen Fimmen, dem englischen Trade-Unions-Führer und Abgeordneten Poulton und dem Vorsitzenden des französischen Gewerkschaftsbundes Genossen Jouhaux die Einreiseerlaubnis nach Oberschlesien verweigert.

Frankreich der Angreifer!

Paris, 8. März. (WTB.) Gewerkschaftssekretär Dumoulin stellt im Gewerkschaftsblatte „Le Peuple" die Frage: Wenn das der Krieg wäre, wenn die Gewalt der einen und die Erbitterung der anderen aufs neue die beiden Völker einander gegenüberstellen würde — was werden wir tun? Ich hoffe wohl, daß wir nicht mehr in den Hinterhalt des Angriffs gelockt zu werden, um schließlich zur geheiligten Union und zum geheiligten Massakre zu kommen, denn der französische Militarismus tritt jetzt als Angreifer auf. Er ist in ein Land eingedrungen, das nicht das unsrige ist, um die Lasten zu vermehren, ohne einen Nutzen daraus zu ziehen. Wir werden also gerade heraus uns weigern, in den Krieg zu ziehen. Ich sehe keine andere Lösung. Sofort müssen wir uns entscheiden, die Formel anzuwenden, uns zu weigern, in den Krieg zu ziehen.

*

Stockholm, 8. März. (WTB.) Branting schreibt in „Sozialdemokraten" unter der Ueberschrift „Eine Politik des Irrsinns": Nun soll Marschall Foch das deutsche Volk davon überzeugen, daß es bei gutem Willen in einigen Jahren 5—7 Milliarden Goldmark jährlich bezahlen kann bis zur Zeit unserer Enkel, ohne dabei selbst auf das Niveau eines verarmten Knechtvolkes herabzusinken, und ohne daß die unerhörte Sintflut deutscher Produkte auch diejenigen Länder, welche sie aufnehmen müssen, zu bisher nicht dagewesenen wirtschaftlichen Katastrophen treibt. Marschall Foch ist zweifellos ein erstklassiger Heerführer; aber der Grundlage wirtschaftlichen Lebens dürfte jedenfalls auch beste militärische Strategie machtlos gegenüberstehen. Dagegen wird der Völkerhaß in unserm unglücklichen Europa neue Nahrung erhalten. Mit welchen Gefühlen ein großes Volk nach mehr als 6 Jahren grausamer Leiden den Einmarsch dieser Exekutionstruppen in sein Land ansehen wird, das sollte jeder verstehen, der nicht ganz verblendet ist, und die Nemesis der Geschichte hat während des Weltkrieges und nachher sich gegenüber Unterdrückern früherer Zeiten so stark geltend gemacht, daß ihre Spuren wahrhaftig abschrecken dürften. Gewisse Anzeichen deuteten an, daß man in London in letzter Stunde noch zauderte; aber schließlich nahm doch die furchtbare Verantwortung auf sich. Was wird der nächste Schritt solcher Politik des Irrsinns sein?

Kommunistischer Unsinn.

Erfurt, 8. März. (WTB.) Die Erfurter Kommunisten protestierten heute gegen Abend vor dem Dom gegen den Abbruch der Verhandlungen in London und forderten die Beseitigung der Reichsregierung, die das Volk in einen neuen Krieg stürzen wolle. Es folgte ein Demonstrationszug.

Eine verständige Rede von Benesch.

Prag, 8. März. (Tschechoslowakisches Preßbureau.) Im Senat gab Außenminister Benesch eine ausführliche Darlegung seiner letzten Reise. Aus seinen Ausführungen ist insbesondere der Passus hervorzuheben, in dem sich der Minister mit der Reparationsfrage und der deutsch-französischen Krise beschäftigte. Er meinte, daß die Tschechoslowakei bei der Lösung dieser Frage vielleicht kaum einer ernsten internationalen Krise entrinnen werde. Er fügte aber hinzu: Unsere Politik war immer von dem Bestreben geleitet, unsere eigenen Kräfte nicht unter- aber auch nicht zu überschätzen, uns bewußt zu sein, wessen wir fähig sind, uns aller Megalomanie und jedweden Siegesrauschs zu enthalten. (Bravo auf alle Bänken.) Dies ist der erste Grundsatz einer gesunden demokratischen Außenpolitik. Ohne uns von unserem Prestige und unserem nationalen Stolz etwas zu vergeben, wollte unsere Außenpolitik doch niemals Vorstellungen von einer Kraft und Bedeutung unseres Staates hervorrufen, die der Wirklichkeit nicht entsprechen und die in der Zukunft zu Enttäuschungen führen müßten.

Viviani zu Harding geschickt.

Paris, 8. März. (WTB.) Laut „Matin" wird Viviani in besonderer Mission nach Amerika entsendet, um Harding bei Uebernahme seiner Amtsbefugnisse die besten Wünsche Frankreichs zu übermitteln (und ihm wohl auch die Richtigkeit der Pariser-Londoner Politik klarzumachen. Red.).

Verfahrener Karren.

Seit dem Inkrafttreten der Sanktionen hat sich vorerst nichts besonders Bemerkenswertes ereignet. Auch die Rede des Reichskanzlers zu Beginn der gestrigen Reichstagssitzung war nicht viel mehr als eine formale Mitteilung der Regierung an den Reichstag über das Geschehene. Wenn sie darüber hinaus politisch bedeutsamere Gedanken entwickeln sollte, so darf wohl gesagt werden, daß auch hierin die gewählte Form uns sehr verbesserungsbedürftig erschien. Namentlich die Wendung über die Aufbürdung der Schuld ausschließlich auf die deutsche Regierung, die „nicht bloß eine Verkennung, sondern auch eine Kränkung der Herren Iswolsky, Poincaré wie auch gewesener englischer Staatsmänner bedeutet", bedürfte eigentlich schon im deutschen Urtext eines besonderen Kommentars. Wie dieser Satz erst in der französischen oder englischen Uebersetzung, auf die es doch auch ankommt, klingen wird, möchten wir lieber gar nicht untersuchen . . .

Im übrigen ist es durchaus verständlich, daß die Regierung den Reichstag aufforderte, die Rückkehr Dr. Simons' abzuwarten, ehe er in eine Generaldebatte über die Londoner Konferenz und ihren Ausgang eintritt. Daß die Kommunisten, die auf die planmäßige Sabotage einer jeden sachlichen und nützlichen parlamentarischen Tätigkeit hinwirken, ihre geistigen Nullen sofort in Bewegung setzen wollten, und daß die Unabhängigen, die in der ständigen Angst vor der demagogischen Konkurrenz der K.P.D. leben, sich diesem Antrag anschlossen, ist nicht weiter verwunderlich. Aber gerade diejenigen, die ein sachlich begründetes kritisches Urteil über die Londoner Verhandlungen abgeben wollen, werden es als selbstverständlich erachten, daß man sich zuerst einwandfrei informiert. Die Sozialdemokratie jedenfalls hat alle Ursache, verschiedene Einzelheiten, namentlich solche, die Gegenstand einer Kritik an Form und Inhalt der deutschen Gegenvorschläge bilden könnten, restlos aufzuklären. Dies kann aber nur durch eine gründliche Aussprache im Auswärtigen Ausschuß erreicht werden.

Wir, und auch unser Fraktionsredner Hermann Müller in seiner Rede am Sonnabend, haben es bisher möglichst vermieden, den Führer unserer Delegation zu kritisieren, um seine Stellung nicht zu beeinträchtigen, solange es noch in London eine Verständigungs- und Verhandlungsmöglichkeit gab. Diese Rücksicht fällt natürlich jetzt fort, aber auch in unserer jetzigen Stellungnahme zu dem Auftreten Simons' werden wir uns nicht dazu verleiten lassen, ihn etwa als Sündenbock für das Scheitern der Konferenz zu behandeln. Wir sind uns dessen klar bewußt, daß es wohl keiner deutschen Regierung, keinem deutschen Unterhändler gelungen wäre, die Alliierten von ihren wahnwitzigen Pariser Beschlüssen abzubringen. Das einzige, worauf sich eine Kritik erstrecken kann, ist, ob es nicht möglich gewesen wäre, durch eine geschicktere Formulierung die allgemeine Stellung Deutschlands auch nach einem Abbruch der Verhandlungen in den Augen der Welt etwas zu stärken: das hätte u. a. durch weniger unklare Angaben über die Bereitwilligkeit Deutschlands, die Alliierten an einer künftigen Besserung seiner wirtschaftlichen Lage zu beteiligen und die nordfranzösischen Ruinen schnell und großzügig mit eigenen Mitteln und Kräften wieder aufzubauen, geschehen können. Warum diese Angaben unterblieben sind, darüber wird, wie gesagt, zuerst im Ausschuß Aufklärung erteilt werden müssen.

Aber die Sozialdemokratie ist nicht nur weit davon entfernt, Dr. Simons etwa die Rolle des Sündenbockes aufzuerlegen, sondern sie ist darüber hinaus entschlossen, jenen Angriffen auf das schärfste entgegenzutreten, die man auf der äußersten Rechte gegen ihn wegen seiner angeblich zu weit gehenden Nachgiebigkeit zu richten beabsichtigt. Gegen diese deutschnationale Demagogie wird die Sozialdemokratie den Reichsminister des Aeußeren in Schutz zu nehmen wissen. Wenn Dr. Simons Fehler begangen hat, so ist es sicherlich nicht nach dieser Richtung hin.

Freilich gilt die Stellung des deutschen Außenministers ziemlich allgemein als erschüttert, nicht zuletzt infolge der Unzufriedenheit, die mit ihm wegen seiner angeblich allzu entgegenkommenden Haltung in London bei den Stinnes-Parteien herrscht. Wir glauben allerdings, daß es sich da in Wirklichkeit weniger um eine Frage Simons und auswärtige Politik, als um eine Frage des Gesamtkabinetts und der Gesamtpolitik handelt.

Sowohl im Inland, wie auch im Ausland hat man dies längst erkannt, und deshalb wird die Sozialdemokratie so unablässig aufgefordert, in die Regierung einzutreten. Ihr glatt ablehnender Standpunkt ist bekannt und bleibt bestehen: bei der jetzigen parlamentarischen Konstellation und bei der bisherigen Ententepolitik wäre es geradezu eine Sünde an der deutschen Arbeiterschaft, wenn die Sozialdemokratie ihre ungeheure materielle und moralische Kraft in nutzlosen Versuchen vergeuden würde, einen außenpolitisch und innenpolitisch vollständig verfahrenen Karren aus dem kapitalistisch-reaktionären Morast herauszuziehen.

Preußenfraktion und Regierungsfrage.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtags trat am Dienstagnachmittag um 2 Uhr zu ihrer ersten Fraktionssitzung zusammen. Genosse Siering, der Fraktionsvorsitzende in der Landesversammlung, eröffnete die Sitzung und stellte fest, daß von den 114 Mitgliedern der Fraktion 79 bereits der Verfassunggebenden Landesversammlung angehört haben, während 35 neu gewählt worden sind. Mit Ausnahme der Oberschlesier waren die Abgeordneten vollzählig erschienen.

Es erfolgte zunächst die Wahl des Fraktionsvorstandes, dessen Stärke auf sieben Personen festgesetzt wurde. Zum ersten Vorsitzenden wurde Genosse Siering einstimmig wiedergewählt, zum zweiten Vorsitzenden Genosse Limbertz-Essen. Der bisherige zweite Vorsitzende der Landesversammlungsfraktion Genosse Hauschild hatte eine Wiederwahl abgelehnt. Zu Beisitzern wurden gewählt die Genossen Bartels, Scholich, Grzesinski und Genossin Kähler, zum Fraktionssekretär Genosse Heller.

Auf Antrag des Genossen Heilmann wurde mit Rücksicht auf die noch ungeklärte Frage der Regierungsbeteiligung beschlossen, die Wahl zunächst nur als provisorische für die nächsten vier Wochen gelten zu lassen.

Die Fraktion beschloß einstimmig, für die Präsidentenwahl den Genossen Leinert als Kandidaten zu präsentieren.

Nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten trat dann die Fraktion in die Erörterung der Regierungsfrage ein. Die Aussprache über diese Frage ergab große Einmütigkeit. Der Standpunkt der Fraktion wurde in folgender Entschließung präzisiert:

„Die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtags ist bereit, die alte Regierungskoalition fortzusetzen und lehnt einmütig die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung ab. Ebenso einmütig lehnt die sozialdemokratische Fraktion ab, irgendeine bürgerliche Minderheitsregierung zu unterstützen; sie würde vielmehr eine solche mit aller gebotenen sachlichen Schärfe bekämpfen."

*

Die Rechtspresse ergeht sich für den Fall, daß in Preußen die alte Koalition wieder zustande kommen sollte, in finsteren Drohungen, die mitunter ans Groteske streifen. So schwärmt die „Kreuzzeitung" in ihrer Dienstagabendausgabe für den Rechtsblock, bestehend aus Deutschnationalen, Deutscher Volkspartei und Zentrum, im Reich und in Preußen, eventuell auch ohne Hinzunahme der Demokraten, und stößt sich nicht im geringsten daran, daß dieser Rechtsblock (ohne die Demokraten) in Preußen nur eine ganz schwache, im Reich überhaupt keine Mehrheit hätte! Für Preußen rechnet die „Kreuzzeitung" dem Rechtsblock eine Mandatszahl von 229 heraus, wobei sie noch Hannoveraner und Wirtschaftspartei zu Hilfe nehmen muß. Diese Mehrheit erscheint der „Kreuzzeitung" als durchaus tragfähig, denn sie erklärt: „Der Versuch muß gemacht werden." Merkwürdig: über diese Mehrheit verfügt auch die alte Koalition aus Zentrum, Sozialdemokraten und Demokraten, und ihr hat die Rechtspresse seit drei Wochen ununterbrochen vorgerechnet, daß eine solche Mehrheit nicht tragfähig wäre! Erkläret mir, Graf Oerindur, diesen Zwiespalt der Natur! — Am lustigsten aber ist, daß die „Kreuzzeitung" im Reich den Rechtsblock auch ohne Mehrheit regieren lassen möchte und sich dabei auf die wohlwollende Unterstützung der — Kommunisten verläßt! So gehts, wenn man in blinder Wut Projekte macht.

Pfeffers Frontbund vor Gericht.

Stargard, 8. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) Heute begann vor dem Sondergericht des Gruppenkommandos I in Stargard in Pommern der Prozeß gegen den ehemaligen Freikorpsführer Hauptmann Pfeffer, der beschuldigt ist, im Kreise Arnswalde eine Arbeitsgemeinschaft entlassener Soldaten geleitet zu haben, die ausgesprochen militärischen Charakter trug. Sie war nach Kompagnien, Batterien und Zügen eingeteilt. An verschiedenen Orten waren Werbebureaus. Die Leute erhielten auf den Gütern etwa 12 bis 13 M. Lohn und außerdem einen Lohnzuschlag von 2 M. von Hauptmann Pfeffer.

Die Verhandlung leitet Landgerichtsdirektor Schmidt-Bland. Die Staatsanwaltschaft vertritt Dr. Ramin. Der Angeklagte ist selbst erschienen, verteidigt von Rechtsanwalt Dollnick. Er bestreitet den militärischen Charakter der Arbeitsgemeinschaft, er habe nur die Leute unterbringen wollen! Bei der Ausbildung von Freikorps zur Arbeitsgemeinschaft seien militärische Ausdrücke oft nicht zu vermeiden gewesen. Sold habe er nicht bezahlt, sondern bloß zu niedrige Löhne durch Zuschüsse ausgeglichen. Das Geld hierfür habe ihm der Landbund (Aha! Die Red.) zur Verfügung gestellt.

Es wird sodann mit der Beweisaufnahme begonnen. Die beiden Kronzeugen machen einen ziemlich ungünstigen Eindruck; sie haben das Material gegen Pfeffer möglichst teuer verkaufen wollen und auch mit dem Verkauf an die Entente gedroht. Sehr interessant ist die Aussage des Zeugen Rabold, Redakteurs der „Freiheit". Er bringt neues Material, durch das Hauptmann Pfeffer neuerdings belastet wird.

Die Verhandlung wurde um 6 Uhr auf Mittwoch vertagt.

Escherich macht mobil!

Breslau, 8. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) In einigen Landkreisen des Regierungsbezirkes Liegnitz verbreitete, wie unser Parteiblatt in Liegnitz in einem Extrablatt mitteilt, die Organisation Escherich neue Aufrufe. Darin fordert der Vorsitzende der schlesischen Organisation, Rohnstock-Breslau, angesichts der Londoner Verhandlungen zu den Waffen zu greifen! Einer der verteilten Aufrufe trägt auch die Unterschrift: Escherich. Diese wahnwitzige Stellungnahme erscheint so unglaublich, daß in hiesigen amtlichen Kreisen zunächst vermutet wurde, die Aufrufe seien eine polnische Fälschung. Leider ist dies unwahrscheinlich, da die Aufrufe gar nicht in solchen Kreisen verbreitet wurden, die der polnischen Grenze oder dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet nahe gelegen sind. Selbstverständlich wird der Versuch einer neuen Kappiade an der geschlossenen Stimmung der schlesischen Bevölkerung angesichts der oberschlesischen Abstimmung von vornherein scheitern.

Der Reederei-Abfindungsvertrag.

Der Hauptausschuß des Reichstages wandte sich am Dienstag der Besprechung des Reederei-Abfindungsvertrags zu. — Die Abgg. **Schumann** (Soz.) und **Henke** (U. Soz.) fragen an, wie sich die Beträge auf die einzelnen Reedereien verteilen und nach welchen Gesichtspunkten die Verteilung geschehen sei. — Ministerialdirektor v. **Jonquières** (Wiederaufbauministerium): Der Unterschied in den Berechnungen der Reeder und des Reichsausschusses erklärt sich daraus, daß die Reeder den

Durchschnittsgestehungspreis für die Tonne

Tragfähigkeit auf 7000 M. berechnet haben, während der Reichsausschuß den Betrag von 4000 M. für angemessen erachtet. Ferner nehmen die Reeder das Verhältnis zwischen reinen Frachtdampfern und gemischten Frachtdampfern mit 50 zu 50 an, während der Reichsausschuß das bisherige Verhältnis von 70 zu 30 zugrunde legt. Da manches für die Berechnungen der Reeder spricht, erscheint der Betrag von 12 Milliarden Mark als angemessener Ausgleich. Der Gesamtbetrag setzt sich zusammen aus 2,3 Milliarden Mark, die der Reichsausschuß bezahlt hat, 1,5 Milliarden Mark, welche die Reederei-Treuhand-Gesellschaft zur Verteilung als Vorschuß auf die Entschädigung für die enteigneten Schiffe erhalten hat, und 3,5 Milliarden Mark des sogenannten Erzberger-Fonds. Dazu kommen die noch zu zahlenden 4,7 Milliarden Mark. Ein besonderer Kleinreservefonds in Höhe von etwa 250 Millionen Mark wird abgezweigt. Die Regierung hat die Erhöhung auf 300 Millionen Mark verlangt.

Der Wert der abgelieferten Schiffe

ist für das Reparationskonto in detaillierten Tabellen nach dem Marktpreise vom 10. Januar 1920 von berufenen Sachverständigen auf **mehr als 7 Milliarden Mark** berechnet. — Ein Antrag **Schumann** (Soz.) und **Hoch** (Soz.) fordert, daß zunächst die notwendigen Sicherungen für die

Rechte der Arbeiter,

besonders bezüglich Einhaltung der Tarifverträge, in den Vertrag aufgenommen würden. Die sozialdemokratische Fraktion macht ihre Zustimmung zum Vertrage **von der Annahme des Antrages abhängig.** — Weiterberatung Mittwoch.

Letzter Versammlungsabend.

Kattowitz, 8. März. (Eig. Drahtb.) Polen haben das Schlafhaus Nikisch-Schacht gestürmt und besetzt. Französisches Militär ist unterwegs, um diesen Gewaltakt rückgängig zu machen.

Kattowitz, 8. März. (Eig. Drahtbericht.) Der heutige letzte Tag vor Beschränkung des Versammlungsrechts ist nach den bisher vorliegenden Meldungen im Ganzen ruhig verlaufen. In Königshütte fand neben einer massenhaft besuchten deutschen Versammlung auch eine polnische statt, die von Deutschnationalen gesprengt wurde. In Kattowitz zogen Polen von ihrer Versammlung vor das Lokal, in dem ein deutscher Heimatsabend stattfand, wurden aber von der Polizei zurückgehalten. Gleichzeitig kam auch eine französische Patrouille. Es gab keine Zwischenfälle.

Polnisches, Allzupolnisches.

Abgesehen von den Eisenbahnwagen, die den Polen bei der gewaltsamen oder diktatmäßigen Uebernahme Posens und Westpreußens zugefallen sind, haben sie im normalen Verkehr 50000 deutsche Güterwagen der Ehre der Einbehaltung gewürdigt und von den oberschlesisch-ostpreußischen Kohlenzügen 108 im Korridor . . . . abgelenkt.

Die Verhandlungen zwischen Danzig und Polen stehen schlecht, weil die Polen unerträgliche Forderungen, z. B. nach gleichberechtigter Zulassung der polnischen Mark (gleich 6 Pf.) stellen. Die Warschauer „Rzeczpospolita" behauptet, daß der gewesene Danziger Oberkommissar, der Italiener Professor Attolico, den Völkerbundrat durch einen Bericht sehr gegen die maßgebenden Senatskreise Danzigs aufgebracht habe. Er werfe ihnen reaktionäre Haltung vor. Da wird er Recht haben; aber wem verdankt Danzig eine Rechtsmehrheit, wenn nicht den Schöpfern dieses „Freistaats"?

Der Kampf um Kronstadt.

Terioki, 7. März, 7.25 Uhr abends. (OE.) Vor dem Bombardement Kronstadts veröffentlichte die Sowjetpresse das den Matrosen von Trotzki gestellte Ultimatum und überredete sie, sich zu ergeben, da der Aufstand doch damit enden werde, daß General Koslowski entfliehen und die Matrosen die Leidtragenden sein würden. Am 6. März 8 Uhr abends war das Ultimatum abgelaufen. Die Petersburger „Iswestija" kündigt schonungsloses Vorgehen gegen die aufrührerischen Matrosen an. Am Tage begann die regierungstreue Artillerie der Küstenfestung Krasnaja Gorka das Bombardement Kronstadts.

Petersburg ist in Bezirke eingeteilt; in jedem übt ein Dreierkollegium eine Diktatur aus. Auch über Moskau ist der Kriegszustand verhängt. Oberbefehlshaber ist Muralow.

Eine Moskauer Drahtmeldung schildert die Lage in Kronstadt als verzweifelt, da unter den Aufständischen Uneinigkeit in politischen Fragen herrsche. Die Brüder des Generals Koslowski sind in Petersburg verhaftet worden. Eine offizielle Moskauer Meldung enthält scharfe Angriffe gegen die Petersburger „Parteilosen", die angeblich neue Aufstandsversuche vorbereiten.

Reval, 8. März. Die Moskauer Regierung hat am 6. März beschlossen, militärische Operationen gegen Kronstadt und die meuternde Flotte einzuleiten. Mit der Leitung der Operationen ist Trotzki beauftragt worden. In einem Befehl fordert er alle, die sich gegen das sozialistische Vaterland erhoben haben, auf, die Waffen niederzulegen. Alle, die sich dem Befehl widersetzen, seien zu entwaffnen und einzuliefern. Alle verhafteten Kommissare und andere Vertreter der Behörden seien unverzüglich in Freiheit zu setzen. Wer sich nicht bedingungslos ergibt, könne nicht auf Gnade der Sowjetregierung rechnen.

Die Vertagung des Aulock-Prozesses erfolgte, weil einige Zeugen in der letzten Verhandlung nicht erschienen waren. Die Verhandlungen werden Ende dieser Woche wieder aufgenommen und vermutlich in wenigen Tagen zum Abschluß gebracht werden. Von den durch die letzten Zeugenaussagen schwer belasteten Offizieren ist immer noch kein einziger verhaftet worden. Gegen den Oberleutnant Aulock schwebt allerdings das Ermittlungsverfahren seit einem Jahre noch immer, seine Verhaftung ist unterblieben, weil er durch ärztliches Zeugnis Haftunfähigkeit nachgewiesen hat!

Emil Rosenow.

Heute, am 9. März, hätte Rosenow, den eine plötzliche Erkrankung 1904 im Alter von erst dreiunddreißig Jahren mitten aus reichstem Schaffen riß, seinen fünfzigsten Geburtstag gefeiert. Ein wackerer Kämpfer der Partei und eine große Hoffnung des deutschen, nach einer kurzen Zeit des Aufschwunges Gerhart Hauptmanns nun schon lange wieder einer traurigen Verödung anheim gefallenen Theaters sank mit ihm dahin.

Ein Proletarierkind, kam Rosenow in Köln zur Welt. Früh starben ihm die Eltern. Gleich nach Besuch der Volksschule mußte er sein Brot sich selbst verdienen. Mit sechzehn Jahren Lehrling in einer Bank, begeisterte er sich für die Lehren des Sozialismus und trat auch bald aktiv in Volksversammlungen hervor. Der Verlust seiner Stellung war die Folge. Beiträge für die „Elberfelder Freie Presse" und die Aushilfsarbeit in einer Buchhandlung hielten ihn eine Zeitlang über Wasser; im Jahre 1891 übernahm er dann die Redaktion des Chemnitzer Parteiblatts. Von da aus hat er auf immer wiederholten agitatorischen Wanderfahrten die arme, noch weit unter das proletarische Durchschnittsniveau herabgedrückte Heimarbeiterschaft des Erzgebirges von Grund aus kennen gelernt, der er in seinem trefflichen Volksstücke „Kater Lampe" ein so lebendiges Denkmal setzte. Er gewann sich Liebe und Vertrauen in den weitesten Schichten. Im Jahre 1898 sandte der Wahlkreis ihn als jüngsten Abgeordneten in den Reichstag. Polizeischikanen und Gefängnisstrafen, die er in seiner Bräutigamszeit absitzen mußte, fochten ihn nicht an.

Seine Lust am Fabulieren hatte sich schon früh geregt. Den Weg zum Drama, dem eigentlichen Felde seiner literarischen Begabung, fand er indes erst in den letzten Jahren, die er als freier Schriftsteller in Berlin und als Redakteur in Dortmund verlebte. Muße für dichterisches Bilden war ihm auch da nur kärglich zugemessen, bis der außerordentliche Erfolg seines „Kater Lampe" in Breslau und dann im Winter 1904 in Berlin ihn endlich der Sorge um das tägliche Brot enthob, den Ausblick auf freie, ungehemmte Entfaltung seiner Gaben zu eröffnen schien. Gerade damals, an der Schwelle einer solchen Zukunft, rief das tragische Geschick ihn ab.

Wie viel er hätte geben können, läßt außer der eigenartigen, aus frischer Anschauung geborenen Lampe-Komödie, die über alle Bühnen zog, die nach dem Tod herausgegebene Sammlung seiner bedeutsamen dramatischen Entwürfe erkennen. In diesem Band erschien auch das soziale Bergarbeiterschauspiel „Die im Schatten leben", zu dem sich ihm im Dortmunder Kohlenrevier gewonnene Eindrücke verdichtet hatten. Ein Werk, das in seiner wuchtig schweren Stimmung und seiner vielfach ausgezeichneten Detailausmalung einzelner Figuren auf den Leser noch stärker als auf den Zuschauer im Theater wirkt. Ein Werk, an dessen Namen sich für die Mitglieder der Freien Volksbühne markant-charakteristische Erinnerungen knüpfen. Die Leitung des Vereins hatte gleich nach Erscheinen des Buches einstimmig die Aufführung des Dramas beschlossen, das endlich wieder einmal von der Not der unterdrückten Massen und ihrer tiefen Sehnsucht nach Befreiung, wenngleich nicht eigentlich vom Kampf um solche Ziele, sprach. Daß die Polizei des berüchtigten Herrn v. Jagow ihre herrschsüchtige Brutalität so weit treiben könne, die Darstellung einfach zu verbieten, hatte wohl niemand, selbst nach allen sonstigen Erfahrungen des glorreichen wilhelminischen Zeitalters, für möglich gehalten. Aber Herr v. Jagow brachte auch das Unmögliche fertig. Er versagte die offizielle Zensurgenehmigung. Eine Herausforderung, die die Volksbühne nach Gebühr mit einem Sturmlauf gegen die Zensur in großen Volksversammlungen beantwortete, unterstützt von entrüsteten Protesten aus der Schriftsteller- und Künstlerwelt. Die Blamage der Polizei war eklatant, wenn auch in dem damaligen Preußen damit noch lange nicht an eine Aufhebung des Verbotes zu denken war. Die gerichtliche Instanz, an die der Verein appellierte, setzte ihr juristisches Siegel unter den Ukas. Des Toten Schatten bereitete den Herren oben noch Angst und peinliche Verlegenheit.

Conrad Schmidt.

Lieber Martin Gruber — also schreibt ein bayerischer Kollege, Partei- und Tintengenosse, an den bayerischen Abgeordneten, der kürzlich im Reichstage so bayerisch redete:

Was haben Sie angerichtet! Wie können Sie den echt alt- oder niederbayerischen, heimatbodigen Ausdruck „hinterfotzig" in das fremdsprachige Reichstagsgebiet verpflanzen! Die „Frankfurter Zeitung" läßt sich „hinterforzig" drahten, ein hessisches Nachbarblatt meldet „hinterpforzig", es meinte wohl, Sie seien aus der bekannten ähnlich lautenden badischen Stadt.

Da man weiß, daß ich im Passauischen etliche Jahre zugebracht habe, fragt man mich aus, „was denn um Gottes willen hinterfotzig bedeutet?" Im Ihretwillen habe ich daraufhin öffentlich verlautbart, daß das tonzischende Wort soviel bedeutet wie verschlagen, hinterhältig, hinterschlächtig usw.

Franzosen und Engländer werden Ihr „hinterfotzig" in London in die Pariser Wagschale werfen, die amerikanischen Korrespondenten werden durch Kabeltelegramme ihr „hinterfotzig" in die sensationellen Ueberschriften ihrer Blätter in alle Winde streuen. Die deutschnationalen Kollegen werden darüber im Reichstage interpellieren und unserer Partei nationale Würdelosigkeit vorwerfen.

Tun Sie es also nie mehr, Genosse Gruber! Die bayerische Kuhpolitik stinkt so zum Himmel und macht so viel Wind, daß ihre Hinterfotzigkeit nicht in so mißverstandener Weise bezeichnet zu werden braucht.

Wiederaufnahme des deutschen Unterrichts in Amerika. Der Unterricht in der deutschen Sprache, der während des Krieges in den Vereinigten Staaten zum großen Teil unterdrückt war, wird jetzt nach einer Meldung des Deutschen Auslands-Instituts wieder aufgenommen. In mehreren Hochschulen der Stadt New York werden die Lehrstunden im Deutschen wieder eingeführt. Auch die Studenten des New Yorker City-College fordern die volle Wiedereinführung des deutschen Unterrichts. In einem Leitartikel ihrer Kolleg-Zeitung wird ausgeführt: „Es war ein Beweis großer Kurzsichtigkeit, das Studium des Deutschen zu beschneiden, und nur ein mißverstandener Patriotismus konnte es zuwege bringen, daß die Behörden die Sprache Goethes, Schillers, Hebbels und Hauptmanns, Kants, Hegels, Schopenhauers und Nietzsches in den Bann taten. Nur uns selbst haben wir dadurch ungeheuren Schaden zugefügt. Wir haben die jüngere Generation aus einem fruchtbaren Wissensreich vertrieben und sie der Gelegenheit beraubt, sich mit den leuchtenden Sternbildern am Geisteshimmel bekanntzumachen, die nicht nur die Gedanken ihrer Landsleute erhellen, sondern die der ganzen Welt." Auch der Deutsch-Amerikanische Schulverein beginnt wieder eine Propaganda zu betreiben. Er wendet sich mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit, in dem geklagt wird, daß noch heute die deutsche Oper, die deutsche Musik und die deutsche Sprache mit dem Bann belegt sind.

Der Fingernägelschmutz. R. Wittmann hat sorgfältige Untersuchungen des Fingernägelschmutzes vorgenommen und unter 78 verschiedenen Reinkulturen folgende Pilzarten beobachtet, nämlich 35 Mikrokokken-, 21 Diplokokken-, 18 Stäbchen-, 3 Sarcinenarten und 1 Sproßpilzart. Schimmelpilze waren reichlich vorhanden. Die verschiedenen Mikroorganismen produzierten rote, grüne, braune, gelbe und blaue Farbstoffe. Der unter den Fingernägeln sitzende Schmutz sieht nicht allein häßlich aus, sondern kann auch unter Umständen gefährlich werden, weil er eine Menge Pilze beherbergt, die bei Berührung mit Wunden eine Blutvergiftung herbeiführen können.

Die Maifeier der Volksbühne wird Kurt Eisners hinterlassenes Drama „Die Götterprüfung" unter der Regie Heinz Goldbergs bringen. Die erste Aufführung erfolgt, falls das Personal zustimmt, am Sonntag, den 1. Mai, Wiederholungen finden an den folgenden Sonntagen statt.

Großes Schauspielhaus. Die Abonnementsausgabe für die Spielzeit 1921/22 beginnt am 25. März. Die bisherigen Abonnenten können ihr Abonnement vom 11. bis 24. März erneuern. — Vorbestellungen auf Abonnements von Freitag, den 11. an. Jede Abonnementskarte lautet von jetzt an auf einen bestimmten Tag und Datum.

Musik. Helge Lindberg wird im 4. Bachkonzert der Volksbühne, das am Sonntag, den 13. März, 7 Uhr, in der Garnisonkirche stattfindet, 3 Arien zum Vortrag bringen. Außerdem gelangt noch das Konzert D-moll für zwei Violinen und Orgel und die Sonate C-moll aus dem „Musikalischen Opfer" für Flöte, Violine und Orgel zur Aufführung.

Kunstabend. Friedrich Moest liest Sonnabend, den 12. d., 7½ Uhr, Fasanenstr. 38, Puschkins Erzählungen: „Der Schuß" und „Pique-Dame".

Jusma Selim wird am Freitag und Sonnabend im Theater in der Königgrätzer Straße gastieren.

Sonderausstellung niederdeutscher Volkskunst. Aus Anlaß der Niederdeutschen Woche, die vom 8. bis 16. März in Berlin stattfindet, eröffnet das Museum für deutsche Volkskunde, Klosterstraße 36, eine aus seinen Beständen zusammengestellte Sonderausstellung niederdeutscher Volkskunst, verbunden mit Gemälden und Graphiken, die niederdeutsche Landschaft, niederdeutsche Trachten u. a. darstellen. Sonntag, den 13., 11 Uhr, wird eine Führung durch die Ausstellung stattfinden.

Herbert Eulenberg hat zu Klingers „Zelt", der letzten Radierungsfolge des Meisters, ein episches Gedicht in Terzinen, Stanzen und anderen fremden Versformen geschrieben, das die Geschichte einer Frauenliebe behandelt, wie sie Klingers Radierungen schildern.

Haushaltsberatung in Berlin.

Ein Festtag für die Demagogen von rechts.

In der Stadtverordnetenversammlung äußerten sich gestern die Fraktionen zu dem in der vorhergehenden Sitzung vom Oberbürgermeister vorgelegten Entwurf des Haushalts für 1920. Alle Redner sprachen so ausführlich, daß in ziemlich fünf Stunden nicht mehr als fünf Fraktionen zu Worte kamen. Auf die ruhigen Darlegungen des Unabhängigen Leid folgte eine hämische Rede Dr. Leidigs von der Deutschen Volkspartei. Seine Ausführungen „würzte" Leidig durch einen unanständigen Angriff gegen den neuen Oberstadtschulrat Paulsen, der über einen so kläglichen Gegner nur die Achseln zucken wird. Genosse Hirsch, der für die sozialdemokratische Fraktion sprach, gab dem Redner der Deutschen Volkspartei die verdiente Antwort. Zur Frage nach den Ursachen der jetzigen Finanznöte Berlins wies er darauf hin, daß sie nicht nur eine Folge des Krieges sind. Verschärft werden sie durch die Unterlassungssünden der früheren freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit, die nie an Schaffung von Reserven gedacht hat. Dem Redner der Deutschnationalen, Pfarrer Koch, merkte man es an, wie sehr er sich auf den Tag der Haushaltsberatung gefreut hatte, an dem er wieder einmal nach allen Regeln seiner Kunst gegen die Roten losziehen wollte. In seinem demagogischen Gezeter über die sozialistische „Schand- und Schuldenwirtschaft" ließ er sich auch durch die immer wiederholten Zurufe „Durch den Krieg, durch den Krieg!" nicht im geringsten stören. Der Kommunist Pfeiffer sprach als fünfter Redner vor fast leeren Bänken. Dann wurde die Beratung vertagt.

Sitzungsbericht.

Die heutige außerordentliche Sitzung ist vor allem der allgemeinen Aussprache über den Stadthaushaltsplan für 1920 gewidmet.

Ein Dringlichkeitsantrag der Kommunisten will, um dem unheilvollen Zustand ein Ende zu machen, der durch die Verzögerung der Arbeitsfähigkeit der Bezirksämter entstanden ist, den Magistrat beauftragt wissen, ihren sofortigen Zusammentritt zu veranlassen ohne Rücksicht auf die Erledigung der Bestätigungsfrage. — Der Dringlichkeit widerspricht die Rechte; Gäbel erklärt darauf, daß nunmehr seine Fraktion genötigt sei, alle Anträge und Anregungen, die sie sonst in den Bezirksämtern vorgebracht haben würde, vor die Stadtverordnetenversammlung zu bringen.

Beratung des Stadthaushaltsplans für 1920.

Die Reihenfolge der Redner wird nach der Fraktionsstärke geregelt.

Leid (U. Soz.): Der erste Etat der neuen Stadtgemeinde Berlin wird zu einer Zeit beraten, wo das Etatsjahr fast vorbei und das Geld ausgegeben ist. Die neue Stadtgemeinde kann immer noch nicht zur Ruhe und zu ruhiger Arbeit gelangen. Man hat die Wahlen dem Oberpräsidenten zur Bestätigung vorgelegt, und die Bestätigung läßt noch immer auf sich warten. Wir bestreiten, daß diese Wahlen überhaupt der Bestätigung bedürfen: der Magistrat hätte die letztere gar nicht nachsuchen dürfen. Die Bezirksämter können jetzt mit ihrer Arbeit nicht beginnen, und darunter leiden mit den einzelnen Teilen auch das Ganze — Redner geht dann das ganze Gebiet der Groß-Berliner Stadtverwaltung kritisch durch, stellt die falschen Behauptungen über die finanziellen Ergebnisse der Druckerei von Neukölln an der Hand von Ziffern richtig, verlangt ein

wirkliches Kommunalisierungsgesetz,

protestiert gegen die auch auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung seitens der Reaktion betriebene Sabotage, die jetzt mit aller Kraft die Wohnungsluxussteuer zu vereiteln strebe und plädiert für gründliche Reform der Fürsorgeerziehung.

Bürgermeister Ritter verweist auf den Wortlaut des Gesetzes Groß-Berlin, der auch die Bestätigung der Bezirksamtsmitglieder vorschreibe, und weist den Vorwurf zurück, als habe der Magistrat sich auch in der Weitergabe der Wahlakten irgendeiner Versäumnis schuldig gemacht.

Leidig (D. Vp.): Einen großen Zweck hat diese Beratung nicht, nachdem das Etatsjahr schon fast zu Ende ist. Die Mehrheit hier, so brüchig sie sonst ist, hat einen charakteristischen Zug: „Gehorsam ist des Christen Schmuck" — Gehorsam beweist sie in höchstem Maße der Straße, der Galerie — so führt sie die kommunale Politik der größten deutschen Kommune! Das ist der Hauptvorwurf, den wir gegen sie erheben. Es war für mich der beschämendste Moment meines Lebens, daß wir hier schmählich vor dem kommunistischen Skandal der Tribüne die Flucht ergreifen mußten. (Großer andauernder Lärm und Zurufe bei den Komm.) Diese Versammlung wird hoffentlich sehr bald zu den Taten gelegt werden, zumal die Mehrheit der Berliner Bevölkerung nicht hinter ihr steht. Diese Mehrheit hätte gern auch den Oberschulrat Paulsen in Hamburg gelassen. Wir müssen an dieser Stelle einen Mann haben, der sich seine erste öffentliche Kundgebung überlegt. Einen gewissen Satz daraus hätte ich doch lieber im Briefkasten des „Kladderadatsch" gelesen; er beweist, daß ihm der klare Verstand fehlt. (Stürmische Ausbrüche der Entrüstung bei den Kommunisten; Rufe: Lümmel! Flegel! Unverschämter Kerl! Es dauert eine geraume Weile, bis sich der Redner wieder Gehör verschaffen kann. Vorsteher Dr. Weyl erklärt, daß der gebrauchte Ausdruck die erlaubte Grenze der Kritik überschreitet.) Ueber die Führung der Kommunalpolitik, zumal in ihrer Beziehung zu den Bezirken, besteht noch die größte Unklarheit; die Bezirke kennen den Kreis ihrer Aufgaben und Pflichten selbst noch nicht. Hier hat es der Magistrat an Informationen fehlen lassen.

Paul Hirsch (Soz.): Mir scheint, daß der Vorredner seinerseits den Ernst der Stunde nicht erfaßt hat, als er im Anfang seines Vortrags derartig provozierend auftrat (Unruhe und Zwischenrufe rechts), und zwar so kaltblütig und so wohl vorbereitet. Daß wir uns vom Diktat der Straße leiten lassen, ist für meine Partei eine Beleidigung. Herr Leidig rechnet auf die Kassierung der Stadtverordnetenwahlen und hat heute bereits eine Wahlrede gehalten. (Widerspruch rechts.) Wir warten den Spruch des Oberverwaltungsgerichts ruhig ab; wir kehren

wesentlich stärker aus Neuwahlen

in diesen Saal zurück. — Das Defizit von 1920 ist jedenfalls tatsächlich größer, als der Oberbürgermeister es vor acht Tagen angab, denn es rechnet mit einer ganzen Anzahl von Millionen an Steuereinnahmen, die heute gar nicht mehr in Betracht kommen. Schuld an der mißlichen Finanzlage Berlins ist zum Teil auch die frühere Kommunalverwaltung unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlrechts; an den Rand der Katastrophe hat sie freilich erst der Krieg gebracht. Die Erwerbslosenfürsorge erfolgt noch immer in rohester Form; wir haben seit Jahren für die Arbeitslosenversicherung plädiert, aber nur eine einzige Groß-Berliner Gemeinde hat damit bisher einen Versuch gemacht. Daß das Reich der Kommune Groß-Berlin die 600 verauslagten Millionen baldigst zurückerstattet, wünschen auch wir. Daß die städtischen Werke zum Teil mit Unterbilanz arbeiten, ist ein unhaltbarer Zustand. Mit der Kommunalisierung muß fortgefahren werden.

Sparsamkeit ist zu üben,

aber nicht am unrechten Orte, nicht auf dem Gebiet der Jugendpflege und auf verwandten Gebieten. Sind zuviel Beamte vorhanden, so muß eine Reduktion erfolgen, aber es darf nicht schablonenhaft verfahren werden. Mit der Ernennung eines Generalsteuerdirektors hat der Magistrat die Versammlung vor eine vollendete Tatsache gestellt und letztere in eine unangenehme Situation versetzt. Daß aus der Reichseinkommensteuer noch mehr durch die Gemeinde herausgeholt werden kann, glaube ich nicht; kommt die dem Reichstage vorliegende Novelle zustande, so wird uns ja auch die Besteuerung des von der Reichssteuer freien Einkommensteils von 1921 ab wieder genommen. Eine größere Rücksicht auf die Gemeinde und ihre steuerliche Gesundung sollte das Reich im eigenen Interesse walten lassen. Es ist auch leichter gesagt als getan, nämlich die Grund- und Gewerbesteuer weiter anzuspannen; es dauert vielleicht nicht mehr lange, bis der Staat auch auf die Gewerbesteuer die Hand legt. — Eine Bestätigung der Mitglieder der Bezirksämter ist auch nach meiner Auffassung nach dem Gesetz nicht erforderlich, das erkläre ich als einer der für das Gesetz Groß-Berlin Mitverantwortlichen; die Auffassung des Bürgermeisters ist sehr wenig stichhaltig. Wir müssen wenigstens verlangen, daß

der Oberpräsident die Bestätigung vollzieht.

An der Verzögerung ist allerdings auch der Magistrat mitschuldig. Besonders charakteristisch liegt der Fall mit Charlottenburg, in dem der Magistrat ein nirgends existierendes Beanstandungsrecht geltend gemacht hat. Mit dem Ruf „Los von Berlin!" wird man kein Glück haben; Groß-Berlin soll von den Vororten alles, was sie Gutes hatten, übernehmen. (Beifall.)

Koch (Dnat.): Ein Muster für Berlin sind heute die in viel größeren Nöten befindlichen westlichen Kommunen, die vom Feinde besetzt wurden; die Not Berlins ist im Vergleich mit der ihrigen gering. Zur aufbauenden Arbeit müssen sich alle Parteien zusammentun; wir sind bereit, dabei mitzuwirken, wir sind keine Partei der absoluten Negation, wie es die Sozialdemokratie als Minderheitspartei stets gewesen ist. Wir sind aber auch keine Illusionisten, wir haben uns auch nie über die Völkerversöhnung und ähnliche Träumereien Illusionen gemacht, wir sind Wirklichkeitspolitiker. (Unruhe bei den Sozialisten.) Ungedeckt geblieben sind in dem Etat für 1920 etwa 1600 Millionen Mark. So hätte er uns gar nicht vorgelegt werden dürfen! — Redner sucht dann den von ihm erhobenen Vorwurf der „Mißwirtschaft" im einzelnen zu begründen, er macht für diese den Umstand verantwortlich, daß in den Verwaltungszweigen jetzt keine Fachmänner, sondern Parteipolitiker ihr Wesen treiben. Wiederholt greift er in diesem Zusammenhange auf die

Vorkommnisse im Osthafen

zurück. Die Mißwirtschaft sei künstlich verschleiert worden. Die schwebende Schuld Berlins habe 1914 ganze 14 Millionen Mark betragen, am 1. April 1917 sei sie durch den Krieg auf 517, am 1. April 1919 auf 745 Millionen gestiegen. Nach dem Kriege sei sie dann in dem einen Jahre bis zum 1. April 1920 um fast 500 Millionen gewachsen, im nächsten Halbjahr sogar um über 600 Millionen! (Andauernder Lärm und Zurufe bei den U. Soz. und Komm.) Die Angriffe des Oberbürgermeisters gegen die westlichen Vororte vor acht Tagen würden ihm keinen Erfolg, sondern nur Schaden bringen. Die Errichtung von 20 Verwaltungsbezirken ohne Finanzkraft sei ein Unfug. Als Mitglied des neuen preußischen Landtages werde er (Redner) für die

Korrektur des unfertigen Gesetzes Groß-Berlin

sorgen helfen. An die Spitze der kommunalen Republik Groß-Berlin seien die Repräsentanten des blutigsten Dilettantismus gestellt. Das werde eine Welle so gehen, bis Groß-Berlin von Löbelün gesäubert habe und seine Zahlungen einstelle. Die sozialistische Stadtverordnetenversammlung habe sich in unfruchtbarer Projektenmacherei erschöpft; nicht einmal den Achtstundentag habe sie durchzuführen vermocht (Zuruf links.) . . . Herr Bürgermeister Mieltz, wenn ich eine Stunde arbeite, so habe ich mehr getan als Sie in acht Stunden. (Stürmische Heiterkeit.)

Um 9 Uhr 10 Minuten kommt noch der Kommunist Pfeiffer zum Wort: Es sei bezeichnend für die Lauamut des deutschen Volkes, daß sich Leute wie Herr Leidig und Herr Koch hier mit solchen Reden hören lassen können. (Stürmische Zustimmung bei der äußersten Linken, die den Abgang des den Saal verlassenden Stv. Koch mit ironischen Zurufen begleitet.) Wenn der Oberbürgermeister die Gesundung der Finanzen auf Kosten der Angestellten und Beamten durchführen wolle, werde er bei den Kommunisten die schärfste Gegnerschaft finden. Das kapitalistische System sei, das beweisen die Londoner Ereignisse, am Ende seines Lateins. Das Proletariat müsse dazu übergehen, zuerst die schwächere Last, den deutschen Kapitalismus, zu beseitigen; dann werde es auch gelingen, dem Ententekapitalismus den Garaus zu machen. Dafür, daß das sinkende Kommuneschiff nicht auf Kosten der Arbeiterschaft wieder flott gemacht werde, würden die Kommunisten sorgen.

Gegen ¾10 Uhr Vertagung.

Der neue Lindenhof-Direktor.

Die städtische Deputation für Jugendwohlfahrt hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, den Stadtverordneten Gen. Rektor Blum-Charlottenburg als Nachfolger des zurückgetretenen Dr. Wilcker zum Direktor der städtischen Erziehungsanstalt Lindenhof dem Magistrat zur Wahl vorzuschlagen. Die bürgerlichen Vertreter der Deputation stimmten für den im Medizinalamt tätigen Dr. med. und phil. Harms.

Ferner bewilligte die Deputation 42 000 M. zur Aufbesserung der Arbeitslöhne im Jugendheim Charlottenburg für die Zeit vom 15. Februar bis zum 31. März 1921. Von sozialistischer Seite wurden bei dieser Gelegenheit Wünsche auf Verstadtlichung dieses Jugendheims geäußert, denen von bürgerlicher Seite widersprochen wurde, da hierdurch die „freie Liebestätigkeit" völlig ausgeschaltet würde.

Stine Menschenkind.

111]

II. Mütterchen.

Von Martin Andersen Nexö.

Unter dem Druck von außen nahmen die Bewohner des Elsternnestes ihre Zuflucht zueinander. In ihnen kam etwas von dem Wesen des gejagten Wildes auf; Lars Peter verschloß sich gegenüber den Leuten und war gerüstet, um sich zu beißen und hart gegen hart zu setzen; alle wurden scheu und mißtrauisch. Wenn die Kinder vorm Hause spielten und auf der Landstraße Leute vorbeifuhren, dann eilten die Kleinen spornstreichs in die Hütte und guckten hinter den rissigen Fensterschreiben hinaus. Stine wachte wie eine Wölfin darüber, daß andere Kinder ihren Geschwistern kein Unrecht und keinen Schaden zufügten; wenn es nottat, biß und schlug sie, und in der Notwehr legte sie sich ein rauhes Mundwerk zu. Als Lars Peter eines Tages an der Schule vorüberfuhr, kam der Lehrer heraus und beschwerte sich über sie — sie pflegte sich garstiger Ausdrücke zu bedienen. Lars Peter begriff das nicht, zu Hause war sie immer ernst und wachte sorgsam darüber, daß die Kleinen keine Unart lernten. Als er darauf zu sprechen kam, nahm Stines Gesicht einen steinernen Ausdruck an.

„Ich will mir von den andern nicht alles gefallen lassen," sagte sie.

„Dann bleibst du aus der Schule. Wollen sehen, was man dann anstellen wird."

„Ja, dann müssen wir jeden Tag Strafe zahlen! Und eines Tages kommen sie mich einfach holen," sagte Stine bitter.

„Na, dich mit Gewalt zu holen, soll ihnen nicht leicht fallen. Da hat unsereins doch wohl auch noch ein Wörtchen mitzureden." Lars Peter nickte unheilverkündend.

Aber das wollte Stine nicht — sie wollte den Kampf aufnehmen. „Ich hab' dasselbe Recht, in der Schule zu sein, wie die andern," sagte sie streitlustig.

„Ja, ja, das ist richtig. Aber es ist übel, daß ihr unter der Bosheit der andern zu leiden haben sollt."

Lars Peter gab seine Fahrten fast ganz auf und widmete sich der Bestellung seines Ackers, so war er seinem Heim und den Kindern nahe. Er fühlte sich nicht mehr sicher; die Menschen hatten sich gegen seine Familie in böser Absicht zusammengerottet. War er von Hause fort, so hatte er keine Ruhe; er hatte immer das Gefühl, als könnte daheim etwas geschehen sein. Die Kinder freuten sich über die Veränderung.

„Bleibst du auch morgen zu Hause, Vater?" fragten die beiden Kleinsten jeden Abend und starrten zu ihm auf, seine dicken Beine mit den Armen umklammernd. Lars Peter nickte.

„Wir hier im Elsternnest müssen zusammenhalten," sagte er entschuldigend zu Stine. „Den Schinder können wir nicht abstreifen — und das andere auch nicht; aber niemand kann uns daran hindern, daß wir uns zusammentun."

Nun, Stine hatte ja nichts dagegen einzuwenden, daß er zu Hause blieb. Wenn sie nur einigermaßen zu essen hatten, an all der Abrackerei auf den Landstraßen war wahrhaftig nichts gelegen.

Ja, zusammenhalten mußte man — und man mußte sehen, möglichst viel voneinander zu haben; sonst war das Leben gar zu langweilig. Am Sonntag spannte Lars Peter an, und sie fuhren aus, bis Frederiksvärk oder auf die andere Seite des Arre-Sees hinüber. Gut war es doch, fahren zu können; ganz arm und als Auswurf konnte man sich ja niemals fühlen, solange man über Pferd und Wagen zu verfügen hatte.

Ihre Bekannten hatten sich von ihnen zurückgezogen, aber der große Klaus vermittelte neuen Verkehr. Es war eine Häuslerfamilie drüben auf dem Moor — Leute, mit denen sonst niemand etwas zu tun haben wollte. Es waren zehn Kinder vorhanden; und obwohl Mann und Frau beide auf den Höfen im Tagelohn arbeiteten, konnten sie ihre Kinder nicht ernähren, sondern mußten von der Gemeinde unterstützt werden. Lars Peter hatte ihnen öfters mit kleinen Fuhren für sie geholfen, aber zum Verkehr war es nicht gekommen, solange Sörine im Elsternnest etwas zu sagen hatte. Aber jetzt ging es ganz von selbst. Gleich und gleich gesellt sich gern — wie die Leute sagten.

Für die Kinder bedeutete das, daß sie Kameraden und Leidensgefährten fanden. Und es war ein richtiges Fest, wenn sie am Sonntagnachmittag zu Johansens im Moor eingeladen waren, oder — ganz besonders — wenn die Familie sie im Elsternnest besuchte. Es lag eine eigentümliche Genugtuung darin, Gäste unterm Dache zu beherbergen und zu bewirten, soweit das Haus dazu imstande war. Dann hatte Stine tagelang vorher zu tun, hatte Milch für Kaffeesahne hinzustellen und für Belag zu sorgen. Am Sonntagvormittag machte sie große Teller mit Brotschnitten zurecht, um es am Nachmittag leicht zu haben. Sobald der Besuch kam, trank man Kaffee mit Feinbrot und selbstgebackenem Kuchen. Dann spielten die Kinder Haschen und Räuber. Lars Peter erlaubte ihnen, sich zu bewegen und herumzutollen, wo sie wollten, und aus und ein ging die wilde Jagd durch alle Luken und Türen des Elsternnestes. Inzwischen waren die Erwachsenen draußen auf dem Felde und sahen sich die Dinge an. Stine war mit dabei, sie hielt sich neben Johansens Frau auf und hatte wie sie die Hände unter der Schürze.

Dann schlug die Uhr sechs, und man aß Vesperbrot, Brotschnitten mit Schnaps und Bier dazu; hernach sah man noch eine Weile und schwatzte, und dann brach man auf. Es war allerlei am Abend zu besorgen, und man mußte früh aus den Federn.

Das waren Leute, denen es noch schlechter ging als einem selber; sie kamen in blankgeputzten Holzschuhen und im blauen, reingewaschenen Arbeitsanzug. So ärmlich sah es bei ihnen aus, daß sie im Winter nie etwas anderes als Hering und Kartoffeln bekamen; und Stine machte es Freude, ihnen richtig aufzutischen: Schmalzbrote mit Salamiwurst und Geräuchertem und Bier, das gestanden hatte, so daß der Pfropfen aus der Flasche sprang.

5. Der kleine Landstreicher.

Lars Peter stand am Wassertrog mit dem großen Klaus, der trank, daß seine Flanken sich heftig bewegten. Sie hatten eine lange Fahrt hinter sich, ganz weit draußen waren sie gewesen, und sie sahen beide müde und zufrieden aus.

Es kam vor, daß die Sehnsucht nach der Landstraße den Schinder unwiderstehlich packte, so daß er den großen Klaus anspannen und davonfahren mußte. Und es kam vor, daß die Wege ihn mitnahmen mit seinen Sorgen und allem und ihn immer weiter und weiter fortlockten, so daß er draußen übernachten mußte und erst am nächsten Tage nach Hause kam. Großen Ertrag lieferte eine solche Fahrt nicht, aber etwas tauschte er immer ein — und dann war die Unruhe für viele Tage aus seinem Körper vertrieben.

Just so war es diesmal gegangen, und Lars Peter stand in Gedanken versunken, wie schön es war, wieder daheim zu sein und alles in bester Ordnung zu finden. Nun sollte es zu Ende sein mit diesen Anfällen von Herumtreibelust, die Angelegenheiten daheim beanspruchten ihren Mann ganz und gar.

(Forts. folgt.)

Aufhebung einer Frachtbrieffälscherzentrale.

Millionenschädigung der Eisenbahndirektionen.

Die Fälschung von Frachtbriefen hat sich zu einem nahrhaften Geschäftszweig für geschickte Verbrecher herausgebildet. Der Berliner Kriminalpolizei ist es jetzt gelungen, einer ganzen Bande von Frachtbrieffälschern auf die Spur zu kommen, die schon zwei Jahre lang ihr Unwesen trieben und fast alle Eisenbahndirektionen Deutschlands um Millionen geschädigt haben.

Das Haupt der Bande, der 29 Jahre alte Kaufmann Paul **Bernhard** aus Lichtenberg, Blumenstr. 38, ist geflüchtet und konnte bisher nicht ergriffen werden, ebenso zwei der Beteiligten, der 43jährige wohnungslose Josef **Foltern**, genannt Seppel, und ein gewisser **Leske** aus der Fruchtstr. 17. **Sieben Mitglieder** der zehnköpfigen Gesellschaft dagegen konnten in Berlin und in verschiedenen Vororten **festgenommen** werden: der 50 Jahre alte Fuhrherr Richard **Hilbig**, Pappel-Allee 8, der 20jährige Arbeiter Karl **Westphal** aus Lichtenberg, Margaretenstr. 29, der 50 Jahre alte Fuhrherr Gustav **Beyer**, Pappel-Allee 8, der 18jährige Arbeiter Richard **Gnädig**, Finowstr. 8, der 20jährige Friseur Gustav **Rassau** in Lichtenberg, Hauptstr. 85, der 30jährige Arbeiter Alfred **Huke**, Jungstr. 26 und der 27jährige Klempner Paul **Biedeberg** in Lichtenberg, Weserstr. 35. Bei dem Friseur Rassau wurden noch 24 **falsche Stempel** der Eisenbahnbehörde beschlagnahmt, mit deren Benutzung man vollständige Frachtbriefe herstellen konnte. Ferner wurden bei ihm drei Frachtbriefe gefunden, die bereits für neue Sendungen ausgestellt waren.

Die Auskunftei an der Haltestelle.

In diesen Tagen werden in der **Leipziger Straße** vor Wertheim und dem Kriegsministerium, sowie auf dem **Leipziger Platz** und **Potsdamer Platz**, in der **Budapester Str.**, **Königgrätzer Str.** und **Linkstr.** verschiedene (insgesamt 9) Entwürfe für neuartige Haltestellen der Straßenbahn zur Aufstellung gelangen. Neben einer einfachen Ergänzung der vorhandenen Haltestellentafel durch Hinzufügung der Nummern der sie berührenden Linien wird ein neues Haltestellenmuster zu sehen sein, daß in einem weiteren Ausbau des vorhandenen „Fahnen"-Systems besteht. Daneben werden völlig neue Gesichtspunkte bei den übrigen Entwürfen in Erscheinung treten, dadurch, daß die Haltestellen- und Oberleitungsmaste mit säulen- und obeliskenartigen **Umkleidungen** versehen und zu einer **Auskunftei** ausgestattet werden, die nicht nur die Liniennummern, sondern auch den Endpunkt sowie zum Teil die Namen der noch zu durchfahrenden Straßenzüge anzeigt. Sämtliche Entwürfe weisen daneben Freiflächen zur Aufnahme von Reklameanzeigen auf. Zum Teil werden die künftigen Haltestellen Beleuchtungsmöglichkeiten bieten, die aber vermutlich erst dann werden in Erscheinung treten können, wenn die zeitigen Kohlen- und Stromschwierigkeiten überwunden sind.

Die neuen Auslandsportsätze.

Gegenüber falschen Darstellungen über die neuen Auslandssätze wird amtlich darauf hingewiesen, daß in Zukunft ein **gewöhnlicher Brief 1,20 M.**, eine **Postkarte 80 Pf.** und der erste Gewichtssatz einer einfachen **Drucksache 30 Pf.** kosten wird. Der Weltpostkongreß in Madrid hatte die Sätze festgelegt für einen gewöhnlichen Brief auf 50, für eine Postkarte auf 30 und eine Drucksache auf 10 Centimes. Da Deutschland auf der Basis des amerikanischen Dollars in Goldfranken umrechnen muß, würden sich die Sätze auf 5, 3 und 1 M. belaufen. Aus Rücksicht auf das deutsche Wirtschaftsleben hat die deutsche Postverwaltung die Auslandssätze nicht höher hinaufgeschraubt. Vermutlich werden diese neuen Auslandsgebühren zusammen mit den neuen, noch durch den Reichstag zu beschließenden Inlandserhöhungen in Kraft treten.

Rigoroses im Stadt- und Vorortverkehr.

Aus unseren Leserkreisen wird uns folgendes mitgeteilt: Ich hatte auf der **Wannseebahn** eine Fahrkarte bis Steglitz gelöst, fuhr jedoch bis Lichterfelde-West, wo ich dem Beamten an der Sperre erklärte, 20 Pf. nachzahlen zu wollen. Der diensthabende Stationsbeamte verlangte jedoch von mir eine **Geldstrafe von 20 M.**, deren Zahlung ich ablehnte. Daraufhin wurden meine Personalien durch einen Polizisten festgestellt und nach etwa 14 Tagen ging mir vom Eisenbahnvorstand Berlin, Tempelhofer Ufer 23, ein **Strafmandat** in Höhe von 20 M. zu, das innerhalb acht Tagen beglichen werden sollte, falls ich mich nicht einer gerichtlichen Verfolgung der Angelegenheit aussetzen wollte. Die Beamten haben zweifellos nach ihren Dienstvorschriften gehandelt, ich glaube aber, daß es sowohl im Interesse des Publikums als auch der Eisenbahnverwaltung liegt, wenn mit solchen Bestimmungen endlich aufgeräumt wird.

Bekanntlich besteht auf der Hoch- und Untergrundbahn schon lange mit bestem Erfolg das System der Nachzahlungen, woran sich die in der Tat sehr schwerfällige Eisenbahnverwaltung ruhig ein Beispiel nehmen könnte.

Einlaßkarten für die Jugendweihen

am 20. März a 2 M. für Erwachsene, 1 M. für Kinder sind in nachfolgenden Verkaufsstellen zu haben: Jugendweihe, **Lehrervereinshaus**, Alexanderstr. 40/41. Adolf Joseph, NW. 21, Wilhelmshavener Str. 45 (Zeitungs-Zentrale). Walter Rüdiger, N. 58, Lychener Str. 127. Jugendweihe, **Musikersäle**, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Johann Hänisch, Müllerstr. 34, Eingang Utrechter Straße (Zeitungs-Zentrale). Walter Rüdiger, N. 58, Lychener Str. 127. Richard Schröter, NO. 55, Goldaper Str. 9. Jugendweihe, **Charlottenburg**, Leibniz-Oberrealschule, Schillerstraße 115. Parteisekretariat, Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Jugendweihe, **Lichtenberg**, Realgymnasium Parkaue. Baranowski, O. 112, Niederbarnimstr. 4, Hof III. Paul Handelmann, O. 112, Weichselstr. 9, Hof IV. Jugendweihe, **Kliems großer Festsaal**, Berlin, Hasenheide 10. Buchhandlung Vorwärts, SW. 68, Lindenstr. 2. Wendler, Neukölln, Jägerstr. 66 (Parteisekretariat). Viktor Haß, SO. 36, Harzer Str. 117 IV. Außerdem sind Karten für sämtliche Jugendweihen im Jugendsekretariat, NW. 40, In den Zelten 23, zu haben.

Gartenkunst am Bahnhof Köllnische Heide.

Die neuen Gebäudegruppen unweit des Bahnhofs Köllnische Heide haben durch die dort, zum Teil noch in der Entwicklung begriffenen, neuzeitlichen Gartenanlagen eine charakteristische Belebung erhalten, die in den Sommermonaten noch erhöht werden wird. Mit einfachen Mitteln ist hier durch Künstlerhand ein Bild geschaffen, das sich den bekannten Gartenanlagen Groß-Berlins würdig an die Seite stellen kann. Durch die notwendige Zurückstellung des weiteren Ausbaues des Schulenburgparks wurden die Arbeiten bisher auf die Platzanlagen vor dem Bahnhofseingang und den Wohngebäuden beschränkt, doch läßt sich das zukünftige Bild bereits in großen Zügen erkennen. Der **Bahnhofseingang** wird durch zwei große Pyramideneichen eingesäumt, die mit den weiteren Anpflanzungen von Fliedergruppen und Hängebuchen dem Platz ein bestimmtes Gepräge geben. Zur Erweiterung des Grünschmucks sind die an die genannten Plätze angrenzenden **Bahnböschungen** auf der Südseite bis zum Dammweg mit Gruppen von Blütensträuchern und Wildrosen versehen. In der Sonnenallee längs des Schulenburgparks ist eine 16,50 Meter breite **Promenadenanlage** mit Rasenstreifen geschaffen, die, ebenso wie die Straße selbst, mit Kastanien bepflanzt ist.

Bei der Kriegsbeschädigten-Fürsorge, Poststr. 5, herrscht, wie uns vom dortigen Betriebsrat geschrieben wird, seit langem eine seltene Auffassung sozialer Fürsorge. Wenn in dringenden Fällen Krankheit, Todesfall die Kriegsbeschädigten oder deren Angehörige in der Fürsorge Rat und Hilfe suchend erscheinen, müssen sie oft stundenlang warten, um dann von den abfertigenden Angestellten zu hören, daß der Dezernent, der die eventuelle Bewilligung zu zeichnen oder zu unterschreiben hat, noch nicht da ist oder schon wieder fort ist und sie am nächsten Tage wiederkommen müssen. Bei den jetzigen hohen Fahrpreisen in Anbetracht der Kriegsbeschädigung eine unerhörte Zumutung. Wird nun einem Kriegsbeschädigten in seiner höchsten Not diese Mitteilung gemacht, so ist es an der Tagesordnung, daß die erlittene Dienstbeschädigung sich in Nerven-, Schrei- oder Herzkrämpfen äußert. Die dort stationierten Sicherheitspolizisten sind für diese Kranken, die auf eine in einem großen Zimmer bereitliegende am Erdboden liegende, Matratze gelegt werden, die einzige Hilfeleistung.

Die übrigen wartenden Kriegsbeschädigten müssen Zeuge dieser unangenehmen Szenen sein und werden bei diesen Anblicken nicht selten von den gleichen Anfällen heimgesucht. Es ist vorgekommen, daß gleichzeitig 3 oder 4 solcher Erkrankten auf einmal den Erdboden bedeckten.

Am 4. d. M., mittags um ½12 Uhr, konnten die Kriegsbeschädigten, unter anderem eine Frau, die ihren schwererkrankten Mann ins Krankenhaus bringen wollte, nicht abgefertigt werden und mußten unverrichteter Sache umkehren, weil die Herren Dezernenten sowie die Bureauleitung nicht anwesend waren.

Obwohl der Betriebsrat der Dienststelle immer und immer wieder auf Beseitigung dieser Zustände drängt, ist bisher Abhilfe nicht geschaffen worden. Wir fordern aufs neue Einrichtung eines Sanitätszimmers, Stationierung eines Sanitärs, wenn nicht Arztes und Uebertragung des Zeichnungsrechtes an dazu geeignete Personen der Dienststelle.

Nur bei Bewilligung dieser Mindestforderung kann an die Erfüllung der der Kriegsbeschädigten-Fürsorge zugewiesenen sozialen Aufgaben gedacht werden.

Verzweiflungstat einer Mutter. Die 38 Jahre alte Frau Emilie **Plauz** vergiftete sich und ihr **Töchterchen** Elsbeth in ihrer Wohnung in Reinickendorf, Gladowstr. 34, mit Gas. Beide wurden noch rechtzeitig aufgefunden und konnten **ins Leben zurückgerufen** werden. Während man Frau P. nach der Charité brachte, schaffte man das Kind nach dem Krankenhause in Buckow. **Nahrungssorgen** soll die unglückliche Mutter zu der Tat getrieben haben.

Eine dreireihige Perlenhalskette ist am Sonntag in der Zeit von ½3—4 Uhr nachmittags auf dem Wege vom Lützowplatz bis Tiergarten verloren gegangen.

Da es sich um ein besonderes Familienandenken handelt, wird der ehrliche Finder oder Vermittler gebeten, die Kette gegen entsprechende Belohnung bei Zöllner, Maaßenstr. 33, abzugeben.

Auf „93" der Groß-Berliner Lebensmittelkarte entfallen 250 **Gramm Mühlenfabrikate** zum Preise von 70 Pf. Die Ausgabe erfolgt ohne Voranmeldung in der Zeit vom Donnerstag, den 10. bis Mittwoch, den 16. März, in denjenigen Verkaufsstellen, die allwöchentlich das Brotkartenmehl verteilen.

Anfängerkurse in Französisch und Englisch. Auf Grund zahlreicher Anfragen teilen wir den Genossen mit, daß am 15. März die letzten der angekündigten Abendkurse in Französisch und Englisch in der Sprachschule für Proletarier für Erwachsene ohne Vorkenntnisse beginnen. **Anmeldung:** Freitag, den 11., Sonnabend, den 12., und Montag, den 14. März, abends von 5 bis ½8 Uhr, in der Gemeindeschule, Gipsstr. (Nähe Rosenthaler Straße).

Der Bund religiöser Sozialisten hält am Donnerstag, 10. März, in der Aula der Elisabethschule, Kochstr. 65, abends 8 Uhr, eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Gen. Pfarrer Dehn „Die religiös-sozialistische Bewegung" behandeln wird.

Genosse Pfarrer Bleier hält heute abend ½8 Uhr in der Aula der Kaiser-Friedrich-Schule, Knesebeckstr. 24, am Savignyplatz, eine pazifistische Feierstunde ab. Er wird vorlesen aus Leonhard Frank: „Der Mensch ist gut" und „Jeremias". Eintritt 50 Pf.

Deutscher Arbeiter-Esperanto-Bund. Ortsgruppe Berlin. Neue Anfängerkurse beginnen im Zentrum Sophien-Lyzeum, Weinmeisterstraße Montag, den 14. März, abends 7½, Westen, Steinmetzstr. 78, Mittwoch, den 16. März, abends 7½, Wedding, Lütticher Str. 4, Donnerstag, 17. März, abends 7½ Uhr. Interessenten werden gebeten, sich am ersten Unterrichtsabend zu melden.

Berliner Variétés.

Das März-Programm der Scala wurde mit großem Beifall aufgenommen. Im Mittelpunkt des Abends steht wieder das Ballett Charell, in dem sich neben Erik Charell Lena Amsel mehr und mehr zu einem künstlerischen Mittelpunkt entwickelt. Sie hatte diesmal Gelegenheit, in dem Tanz „Abruzza" ihre ganze Kunst zu entfalten. Auch die übrigen artistischen Leistungen des Abends waren fast durchweg gut. Die neun Asgards in ihrem Sensations-Schleuderbrettakt brachten Neues auf diesem Gebiet. Bei dem lustigen Maler John Hamilton, der die Musik durch seinen Gesang begleitete, wußte man nicht recht, was man mehr bewundern sollte, die Bilder selbst, oder die Schnelligkeit, mit der sie geschaffen wurden. Jean Clermonts Burlesk-Zirkus wirkte nicht weniger erheiternd, wie der komische Jongleur Mac Turc. Die Bären Paul Pattys leisteten Außerordentliches, und man konnte sich überzeugen, daß selbst junge Bären graziös sein können. Bei den halsbrecherischen Leistungen der Gebrüder Klaas offenbarte sich wirklich gute artistische Arbeit, und die Brüder Charp vereinten Kraft und Geschicklichkeit. Das ganze Programm bewies in seiner Zusammenstellung eine geschickte Regieführung.

Der Wintergarten hat sich für den März hauptsächlich auf den Tanz eingestellt. Man sieht darunter recht annehmbare Sachen, so die Tänze von Fianette Hildegarde—Hilde Aderhold, Elvira René und Wladimir Woronzoff. Hervorzuheben sind hier die Tänze des gut trainierten Russen und der sehr hübsche Gavottetanz von Hilde Aderhold. Die zweite Rhapsodie von Liszt zu tanzen ist dagegen immer ein Risiko und sollte lieber unterbleiben. Gut ist ferner ein tanzendes Spanierpaar, zwei Severus, besonders in einem Apachentanz. Auch artistisch bietet das Programm Vorzügliches, so in erster Linie den Kugelbalanceakt der zwei Rogges und die Franklintruppe, die ihren Ruf als vorzügliche Trampolinspringer aufs neue beweist.

Filmschau.

„Der Einäugige", eine dramatisch nicht ungeschickt aufgemachte Sache, wurde in den **Della-Lichtspielen** zum ersten Male aufgeführt. Es spielt dabei nach bekannten Mustern ein Traum eine Rolle, der eine Frau Staatsanwalt (Gott, wie modern) auf den Weg der Pflicht zurückweist. Rechnet man das etwas zu reichlich Sentimentale ab, so kann man sich mit dem Spiel als Unterhaltung einverstanden erklären, besonders da die Photographie auf einer bemerkenswerten Höhe steht. Zum Schluß wurde ein sehr hübsches Lustspiel „Der eingebildete Schwiegerpapa" gespielt.

Terratheater. Durch einen ganzen Wust von gutgemeintem Humor mußte man sich im Terratheater durch eine Bühnenschau zu einem Bassermannfilm hindurcharbeiten. An und für sich ein hübscher Gedanke, wenn er auch nicht neu ist, einen braven Provinzler Berlin erleben zu lassen. Aber von der Hopserei der Grimmweiser-Schule hätte sich selbst ein noch unbefangener Kottbuser nicht erbauen lassen, von dem „letzten Schrei" der Moden weiß auch kaum, denn sie waren durchaus vorletzter Schrei. Bleibt also losgelöst von allem Wertlosen der Bassermannfilm **„Die Nächte des Cornelius Brouwer"** übrig. Bassermann spielt meisterlich einen von inneren Gewalten zerrissenen Menschen, der unter ihrem Drucke zwei verschiedene Leben leben muß. Freilich löst er dieses Problem, das ja auch kein Filmproblem ist, nicht restlos. Sein jähes Erwachen bringt auch das Ende des Doppellebens. Seine guten Mitspieler Margarete Neff, Colette Corder und Klein-Rogge geben dem Film neben Bassermann eine besonders gute Note. — Halt, eine Oase ist in der Bühnenschau zu verzeichnen: Resi Langer spielt die Frau aus Kottbus, das macht vieles wieder gut.

„Die rote Redoute." Das U. T. Kurfürstendamm brachte als Neuerscheinung „Die rote Redoute" unter der Regie von Hans Kobe, ein langatmiger, viel zu sprunghaft aufgebauter Kriminalfilm, der bei den Zuhörern keine Spannung auszulösen vermochte. In die Hauptrollen teilten sich Marija Leiko, Rudolf Forster, Reinhold Dela und Hermann Vallentin. Ihm voraus ging ein nettes, harmloses Lustspiel „Endlich ungestört", in dem Leo Peukert mit viel Humor den lustigen Schwerenöter gab.

Der oberschlesische Propagandafilm „Brennendes Land", der von der May-Filmgesellschaft hergestellt wurde, wird unentgeltlich an die Lichtspieltheater im Reiche abgegeben. Reich ausgestattete Broschüren gelangen an die Besucher zur Verteilung. Die Hauptrollen in diesem Film werden dargestellt von Lyda Salmonova, Albert Steinrück, Ernst Deutsch, Kurt Vespermann, Maximiliane Ackers, Marie Wismar. Die Regie führte Heinz Herald vom Deutschen Theater.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 9. März:

Abt. 3a. Mitgliederversammlung abends 7½ Uhr bei Dopalski, Wilhelmstraße 133. Tagesordnung: „Die politische Lage".

14. Abt. Mitgliederversammlung im Saal des Gewerkschaftshauses, Engelufer 15. Referent nicht Genosse Fendel, sondern Genosse Baranowski.

32. Abt. Mitgliederversammlung, Schulaula Sonnenburger Str. 20. Referent nicht Genosse Baranowski, sondern Genosse Fendel.

36. Abt. (Charlottenburg). Gruppenversammlungen in folgenden Lokalen: 1. Gruppe bei Jenisch, Kaiser-Friedrich-Str. 67. Referent Genosse Hirsch: „Nach den Landtagswahlen und Regierungsbildung". — 2. Gruppe bei Schröder, Holtzendorffstr. 14. „Lloyd George und wir". Abends 7½ Uhr.

77. Abt. (Schöneberg). Zahlabende in folgenden Lokalen, abends 8 Uhr: Wilke, Rollenbergstr. 16; Folger, Kyffhäuserstr. 18; Witkowski, Martin-Luther-Straße 78; Obst, Martin-Luther-Str. 69; Binte, Wartburgstr. 7.

84. Abt. (Lankwitz). Mitgliederversammlung, Lehmanns Festsäle, Kaiser-Wilhelm-Str. 81.

93. Abt. (Neukölln). Zahlabende in folgenden Lokalen: 1. Bezirk bei Richter, Naumburger 3. — 2.—5. Bezirk bei Zahlmann, Hobrechtstr. 54. — 6., 11. und 12. Bezirk bei Brandt, Pflügerstr. 10. — 7. und 8. Bezirk bei Beck, Reuterstraße 40. — 9., 16., 18. und 19. Bezirk bei Thiel, Weserstr. 6.

95. Abt. (Neukölln). Bezirksversammlungen in folgenden Lokalen: 47., 53., 54. und 60. Bezirk bei Lempe, Leinestr. 16. — 61. und 68. Bezirk bei Zebel, Prinz-Handjery-Str. 54. — 63. und 69. Bezirk bei Ritsch, Hertastr. 40. — 70. und 71. Bezirk bei Geiger, Lessingstr. 9. — 74. und 75. Bezirk bei Stubel, Lenbestr. 3.

96. Abt. (Neukölln). Zahlabende in folgenden Lokalen: 107., 108. und 118. Bezirk bei Laue, Knesebeckstr. 94, Ecke Hermannstraße. — 109., 112. und 113. Bezirk bei Berthold, Kranoldstr. 1. — 110. und 111. Bezirk bei Rust, Bergstr. Ecke Ringbahnstraße.

121. Abt. (Karlshorst). 7½ Uhr Mitgliederversammlung bei Huth, Treskowallee 66. Tagesordnung: 1. „Karl Marx' Leben und Wirken". Referentin Genossin Beer. 2. Einführung in die weltliche Schule.

123. Abt. (Weißensee). 7½ Uhr Zahlabende in folgenden Lokalen: 1. Bezirk bei Hardt, Lothringer Str. 30. — 2. Bezirk bei Stärke, Charlottenburger Str. 3. Referent Genosse Müller: „Großstädtische Siedlungspolitik". — 3. Bezirk bei Werdstruck, Langhansstr. 63. — 4. Bezirk bei Sampe, Lichtenberger Straße 8.

140. Abt. (Borsigwalde-Wittenau). 7½ Uhr Zahlabende. **Borsigwalde** bei Bender, Ernststr. 8. **Wittenau** bei Albert Schulze, Hauptstraße.

Wildau. 7½ Uhr Mitgliederversammlung im Rathaus.

Morgen, Donnerstag, den 10. März:

4. Kreis (Prenzlauer Tor). 7 Uhr bei Wiessin, Stargarder Str. 3. Abteilungsvorständekonferenz und Kreisvorstand.

16. Kreis (Köpenick). 7½ Uhr im Lokal „Bayernhof", Rudower Straße. Kreisvertreterversammlung.

9. Abt. 7 Uhr in der Schulaula der 59. Gemeindeschule, Reichenberger Straße 44/45. Elternversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag über „Schulhygiene". Referentin Frau Dr. Zoth. 2. Bericht des Elternbeirats. 3. Diskussion.

45. Abt. (Charlottenburg). 9. Gruppe: 7½ Uhr Zahlabend bei Reimer, Wilmersdorfer Straße 21.

58. Abt. (Charlottenburg). 7½ Uhr bei Stein, Passauer Str. 33. Referent Dr. Fechner: „Die Bedeutung der Presse in der Politik".

139. Abt. (Tegel). 7½ Uhr in der Schulaula, Treskowstraße. Referent Arthur Schüßler: „Die Lehren der Landtagswahl".

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Elternbeiräte des 12. Verwaltungsbezirks. 7½ Uhr in der Aula des Realgymnasiums in Lankwitz, am Bahnhof. Öffentliche Elternversammlung. Tagesordnung: „Die Pflichten der Elternbeiräte". Referent Prof. Oestreich. Wünsche und Anregungen aus den Elternkreisen werden entgegengenommen.

Achtung S.P.D.-Kollegen, BVG. Brunnenstraße. Nachmittags 3 Uhr wichtige Sitzung bei Krüger, Hussitenstr. 34. Es darf niemand fehlen. Alle Genossen müssen vertreten sein! — Der Obmann.

Achtung, Eisenbahner! 6½ Uhr in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstraße 35 (Gartensaal). Zusammenkunft aller Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes, die auf dem Boden der S.P.D. stehen. Erscheinen ist unbedingt notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert.

•

2. Kreis (Tiergarten). Die für Freitag, den 11. März, angesetzte Kreisvertreterversammlung findet mit Rücksicht auf die an demselben Tage stattfindende allgemeine Funktionärkonferenz mit der gleichen Tagesordnung nicht statt.

3. Kreis (Wedding). Am Sonntag, den 13. März, nachmittags 3 Uhr, in der Schulaula, Gotenburger Str. 2, Lichtbildervortrag für Kinder: aus Wilhelm Buschs Werken (Max und Moritz u. a.). Der Eintrittspreis für Kinder beträgt 50 Pf., für Erwachsene 1 M.

124., 129. und 130. Abt. **Jeden Freitag** nach dem Zahlabend, abends 8 Uhr, bei Kozilowski, Pankow, Florastr. 73, Sitzung der Zeitungskommission.

Jugendveranstaltungen.

Heute, den 9. März:

Köpenick: Stippekohl, Schönerlinder Str. 5, Vortrag: „Kinoschund und Schundliteratur". — **Friedrichshagen:** Scharnweberstr. 5a, Mitgliederversammlung. — **Gesundbrunnen:** Schule Gotenburger Str. 2, Mitgliederversammlung mit Vortrag: „Rückblick und Ausschau". — **Karlshorst:** Aboltstr. 10, Mitgliederversammlung. — **Königswusterhausen:** Schule Karlstr. 4, Mitgliederversammlung. — **Mariendorf:** Gymnasium Kaiserstraße, Vortrag: „Alkoholismus". — **Norden:** Schule Putbuser Str. 23, Vortrag: „Was ist Anarchismus?" — **Osten (Petersburger Viertel):** Schule Straßmannstr. 6, Burschenvortrag: „Gefahren der Großstadtjugend". — **Prenzlauer Vorstadt:** Schule Senefelderstr. 6, Mitgliederversammlung. — **Rosenthal:** Schule Kastanienallee, Vortrag: „Das Hakenkreuz". — **Staaken:** Gartenstadtschule, Mädchenabend. — **Südost (Köpenicker Viertel):** Schule Wrangelstr. 126, Vortrag: „Die französische Kommune". — **Südwest:** Zentraljugendheim Lindenstr. 3, Mitgliederversammlung. — **Westen:** Baugewerkschule Kurfürstenstr. 141, Mitgliederversammlung.

Aus aller Welt.

Farbiger Hafenexzedent. Am Stieleich in Hamburg hat bei Nacht der farbige Franzose Babakara, Heizer an Bord des französischen Schiffes „Soret", den Zimmerer Karl Brandt auf offener Straße angerempelt und durch **Bauchschuß getötet**. Als er festgenommen werden sollte, schoß er auf die Passanten und Polizeibeamte. Schließlich wurde er durch drei Schüsse schwerverletzt und in das Hafenkrankenhaus gebracht.

Im Schlaf von Zwillingen beschenkt. In dem in der Nähe von Roubaix gelegenen französischen Städtchen Lannoy lag eine 34jährige Frau seit Monaten an der **Schlafkrankheit** danieder, und der Arzt befürchtete, die Frau würde nicht mehr aus dem Schlaf erwachen. Zu aller Ueberraschung wurde die Frau gerade im kritischen Augenblick der Krankheit von einem **Zwillingspaar** entbunden, wobei sie aus dem Starrkrampf erwachte und sich leidlich wohl befand, während die Neugeborenen die Rolle der Mutter weiterführten und in ihrem Korbe friedlich schliefen. Mutter und Kinder befinden sich im übrigen wohl, und man hat alle Hoffnung, die Frau bald völlig hergestellt zu sehen.

Emigranten. Nach Angaben des Leiters der Flüchtlingsabteilung in Konstantinopel verteilen sich die russischen Flüchtlinge in verschiedenen Ländern folgendermaßen: Im Gebiet von **Konstantinopel** (einschließlich Gallipoli und die Insel Lemnos) 90 000. In Bulgarien etwa 7000. In Serbien 81 525. In Rumänien 2000. In Griechenland 1742. In Biserta 4585. **In Deutschland 300 000.** In England 15 000. In Oesterreich 5000. In Finnland etwa 15 000. In Estland 9677. **In Frankreich außer Biserta 150 000.** In Italien 20 000. In Schweden 10 000. In der Schweiz 4000. In der Tschecho-Slowakei 3000. **In Polen 100 000.** In Litauen 3000. In Lettland 8700. Das sind im ganzen 774 529, eine Ziffer, die sehr unvollständig sein dürfte, da sich die Zahl der russischen Flüchtlinge statistisch kaum erfassen läßt. Immerhin ist es bemerkenswert, daß Deutschland als Gastgeber bei weitem an erster Stelle steht.

Geschäftliche Mitteilungen.

In den Kleiderwerken Benz Sohn, Chausseestr. 29/30, werden Donnerstag, den 10., und Freitag, den 11. März, morgens, billige Sachen verkauft.

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof part. links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

P. K. 15. Zurzeit sind die Mittel erschöpft; näheres erfahren Sie beim Kleingartenamt (Siedlungsamt) der Stadt Berlin, NW. [illegible], Klopstockstr. 34. — **Sch.** Ein gutes Buch für den gewünschten Zweck ist: Dr. Bock, „Der Mensch in gesunden und kranken Tagen". Zu beziehen durch die Buchhandlung „Vorwärts".

Die Kronzeugen der Reaktion.

Im Prozeß Sonnenfeld wurde heute der Teil der Anklage behandelt, der dem Angeklagten Hermann Sonnenfeld (Vater) Erpressung gegen Georg Sklarz zur Last legt. Wie die Anklage behauptet, hat Hermann Sonnenfeld Georg Sklarz bei einer Unterredung gewarnt, gegen seinen nach Holland entflohenen Sohn vorzugehen mit der Bemerkung, er hätte soviel belastendes Material gegen Sklarz, daß dieser seine ganze Existenz aufs Spiel setze, wenn er die Unterschlagung des Sonnenfeld jun. verfolge. Auch die Regierung würde in den Strudel hineingezogen werden. Der Angeklagte Hermann Sonnenfeld bestreitet, in dieser Weise Erpresserversuche angestellt zu haben. Es wird Georg Sklarz als Zeuge vernommen. Er schildert die Unterredung mit Hermann Sonnenfeld genau im Sinne der Anklage. Der Zeuge tritt sehr warm für den Angeklagten v. Frankenberg ein. Er sagt dann weiter: Ich bin auch von einem Herrn Zickler angegriffen worden. Minister Haenisch hat schon versichert, daß er mich nie einen Schieber genannt hat. Herr Zickler war in einer Irrenanstalt und man kann ihn daher niemals belangen. Rechtsanwalt Grünspach: Wir wollten ja nur durch Herrn Zickler beweisen, daß in Ihrem Bureau große Unordnung herrschte und unter der Makulatur sich wertvolle Briefe und Scheckbücher fanden. Zeuge: Ich habe Herrn Zickler die Makulatur übergeben, damit er sie zum Einstampfen abliefert. Er hatte kein Recht, die Sachen nach Hause zu nehmen und darin herumzustöbern. Auf eine Frage des Rechtsanwalts Grünspach bestätigt der Zeuge, daß seinerzeit seine

Gespräche von Offizieren der Gardekavallerie-Schützendivision überwacht

wurden. Mir ist im Februar mitgeteilt worden, eine Gruppe von diesen Offizieren habe mit einem besonderen Apparat nicht nur meine Gespräche, sondern auch sonst die Privatgespräche des Reichspräsidenten, des Reichskanzlers, der unabhängigen Abgeordneten und insbesondere auch des Herrn Kautsky abgehört. Der Urheber dieser Gesprächskontrolle soll der Hauptmann Pabst von Ohelmb gewesen sein. Im Reichswehrministerium soll ein besonderer Apparat aufgestellt gewesen sein, und sobald ein Gespräch der betreffenden Personen stattfand, wurde dieser Apparat mit eingeschaltet und der Inhalt des Gespräches sofort stenographisch festgelegt. Ich habe deswegen den Reichspostminister Giesberts zur Rede gestellt, der sehr verlegen wurde und erklärte, daß er nichts veranlaßt habe und auch nichts davon wüßte. Rechtsanwalt Grünspach: Ist Ihnen bekannt geworden, daß diese Gesprächsüberwachung gegen Sie ausgenützt worden ist? Zeuge: Jawohl, sehr. Rechtsanwalt Grünspach: Sogar um Geschäfte zu machen. Zeuge: Jawohl, ein Offizier, dessen Bruder noch im Osten stand, hat mir gewisse zweifelhafte Geschäfte angeboten, die ich glatt ablehnte. Vors.: Sie sollen sich mit den Journalisten Martin und Kurt Sochaczewski über die Höhe Ihres Schadens unterhalten und sie veranlaßt haben, irgendwelche Artikel zu bringen. Zeuge: Vielleicht hat mein Bruder mit ihnen über diesen Punkt gesprochen. Ich selbst habe zu jener Zeit einmal mit einem der Herren Sochaczewski, ich glaube, es war Herr Kurt, gesprochen. Ich legte ihm mein gesamtes Material vor, er aber lehnte es ab, überhaupt Einblick zu nehmen, und erklärte mir, er handle in einer besonderen Mission. Er sei Nationaljude und vertrete die Interessen der deutschen Juden. Hinterher habe ich allerdings festgestellt, daß er getauft ist.

Es wurde dann darüber verhandelt, ob Ernst Sonnenfeld an die Möglichkeit von Regreßansprüchen gegen sich glauben konnte, was der Zeuge bestreitet.

Vors.: Wissen Sie auch etwas von dem

Scherbengericht der S.P.D.?

Zeuge: Ich war ja selbst dabei und wurde Herrn Baumeister gegenübergestellt. Baumeister und Davidsohn und ein demokratischer Abgeordneter, den ich nicht nennen möchte, waren die treibenden Kräfte. Man ist soweit gegangen, Dinge zu erfinden oder durch einen ganz üblen Mann erfinden zu lassen. Ich habe in dem Untersuchungsausschuß Herrn Baumeister so in die Enge getrieben, daß er nicht mehr aus und ein wußte. Sonnenfeld ist von Davidsohn und Baumeister für ihre politischen Zwecke mißbraucht worden. Der demokratische Abgeordnete hat mich beschuldigt, Hochverrat begangen zu haben, indem ich die Führer der Truppen im März veranlassen wollte, die Waffen gegen die Regierung zu erheben. Ich soll mit fünf Offizieren, einem Grafen Dohna, einem Grafen Bismarck u. a., alles Herren, die ich gar nicht kenne, darüber verhandelt haben. Man hat die Leute im Hotel Esplanade verführen wollen zu falschen Aussagen und hat die Niederschriften der Leute sogar umgeändert. Vors.: Herr Sonnenfeld jun. behauptet, daß er schon im Januar 1919 in einer Rede an die Soldaten im Reichstag von Korruption gesprochen habe. Zeuge: Die Rede hat nichts von Korruption enthalten. Er sprach davon, daß Christus der erste Sozialdemokrat war. (Heiterkeit.) Vors.: Hatte Sonnenfeld damals eine führende Rolle in der S.P.D.? Zeuge: Nein, aber er wollte in Charlottenburg Stadtverordneter werden. In dem Untersuchungsausschuß der S.P.D. hatten alle nur behauptet, aber sie hatten keine Beweise. Vors.: Herr Sklarz, es wird behauptet, daß

schon 1919 Offiziere einen Rechtsputsch geplant

hätten und daß sich daraus die Ueberwachung der Ministerien erkläre. Zeuge: Näheres weiß ich nicht darüber. Charakteristisch ist aber, daß Hauptmann v. Pabst, der ja einer der Haupttreiber des Kapp-Putsches war, die Ueberwachung angeordnet hatte. Vors.: Wissen Sie, ob Ihre Person mit diesen Gerüchten von einem geplanten Rechtsputsch in Verbindung gebracht worden ist? Zeuge: Das habe ich in Weimar am eigenen Leibe gemerkt. Vors.: Wieso? Zeuge: Ich will nicht näher darauf eingehen. Vors.: Ist vielleicht auch Sonnenfeld als Ihr Vertrauensmann damit in Verbindung gebracht worden? Zeuge: Man wollte ihn vielleicht als Mittel benutzen, um mir eins auszuwischen, ebenso wie es bei mir der Fall war. Ich war den Leuten ganz gleichgültig, man wollte andere treffen.

Bei der Frage der weiteren Beweiserhebung beantragt Hermann Sonnenfeld das Zeugnis von Frau Wally Zepler darüber, daß er in einer Versammlung im Herrenhause Scheidemann der Korruption beschuldigt habe.

Wirtschaft

Die Entschädigung der Reedereien. Das Abkommen, das zwischen der Reichsregierung und den deutschen Reedereien wegen Ersatz der Kriegsschäden abgeschlossen worden ist, gibt die Gesamtsumme, die das Reich zu zahlen haben wird, auf 11,97 Milliarden an, und zwar setzt sich diese Summe folgendermaßen zusammen: 0,6 Milliarden, die schon im Jahre 1919, ferner 3,17 Milliarden, die im Jahre 1920 den Reedereien zur Verfügung gestellt wurden, weiter ein noch vorhandener, im Besitz der Reederei-Treuhand-Gesellschaft befindlicher Fonds von 3,5 Milliarden und 4,2 Milliarden, die vom Reichstage bewilligt werden sollen. Mit der Summe von 11,97 Milliarden verpflichten sich die Reeder mindestens ein Drittel der früheren Handelsflottentonnage, das sind 2,5 Millionen Tonnen Tragfähigkeit, zu bauen, davon mindestens 90 Proz. auf deutschen Werften. Die Reeder verpflichten sich weiterhin, daß mindestens 95 Proz. aller deutschen Reeder dem Vertrage zustimmen. Ist dies nicht der Fall, so können sowohl das Reich wie auch die Reeder von dem Vertrage zurücktreten. Der Durchschnittspreis für den Bau einer Tonne Schiffsraum wird mit etwa 4000 M. angenommen. Sollte sich dieser Preis im Laufe der ersten fünf Jahre, in denen das Bauprogramm durchgeführt werden soll, so weit erniedrigen, daß mit den 11,97 Milliarden mehr als 50 Proz. der früheren Handelstonnage wieder aufgebaut werden kann, so sind die Reeder verpflichtet, 3 Milliarden Mark an das Reich wieder zurückzuzahlen.

Vor dem Staatsbankrott in Ungarn. Der ungarische Finanzminister Hegedüs verfolgt den Plan, den Zinsfuß der ungarischen Staatsanleihen der bisher 4 und 5 Proz. betrug, auf 3 Proz. herabzusetzen. Da die ungarischen Staatsanleihen hauptsächlich im Auslande, besonders stark auch in Deutschland untergebracht sind, so würden die ausländischen Gläubiger des magyarischen Staates ganz erheblich geschädigt werden. Im Grunde genommen ist dieser Plan des Finanzministers nichts anderes als eine verschleierte Bankrotterklärung Ungarns, dessen Kredit damit wohl für längere Zeit verloren gehen wird.

Wer wird denn weinen wenn – – – das Licht ausgeht. Benutzen Sie doch die 6 fachen HEXA Sicherungen
Eine kleine Rechtsdrehung des Deckels genügt und Sie haben wieder Licht. Ersparen Sie sich Aerger, Zeit und Geld.
Deutsche HEXA Monopol G. m. b. H., Berlin W. 30, Hohenstaufenstr. 35

Generalvertretung und Alleinvertrieb für Provinz Brandenburg und Berlin: Carl Berk, Berlin-Halensee, Katharinenstr. 3. Telephon: Pfalzburg 112a.

Bez.-Verb. Berlin S.P.D.
105. Bezirk, 6. Abt. Kreis Hallesches Tor.
Unser Genosse
Franz Schulz
Berlin, Mariendorfer Str. 15
ist am Sonntag verstorben.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am Donnerstag, den 10. März 1921, nachmittags 3½ Uhr auf dem Garnisonfriedhof Hasenheide.
Der Vorstand.

S.P.D. Oberschöneweide.
Nach langem Leiden verschied unser langjähriger Genosse
Hermann Hoborn
im 57. Lebensjahre. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 10. März, 3½ Uhr, auf dem hiesigen Gemeindefriedhof statt. Die Genossen treffen sich 3 Uhr Luisenhof. 174/10

Am 7. März entschlief sanft nach schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Klempner
Hermann Schwarz
im 68. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Wwe. Ida Schwarz
Otto Schwarz.
Berlin N. 34, den 8. 3. 21. Bergmannstr. 7. [3205
Einäscherung am 12. März 1921, nachmittags 2 Uhr im Krematorium Gerichtstr.

Kriegsanleihe wird zu 84 % in Zahlung genommen!
Jetzt Auffallend billig!!!
Jetzt Pelzmäntel entzückende Exemplare 2000, 3000, 4000, 5000
Jetzt Plüschmäntel 600, 850, Sealplüschmäntel 1800
Jetzt Astrachanmäntel 300, 525, Krimmermäntel 825
Jetzt Ulster 125, 189, Sport-Trikot-Jacken 45
Entzückende Covercoatmäntel 180, 240, 350, 475
Impr. Seidenmäntel 250 Modellkostüme 735
Flotte, reinw. Mantelkleider 455. Kammgarn-Röcke 115
Gummimäntel für Damen 340, für Herren 450
Westmann
1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

WER GIBT MIR verlässliche Information über POLITIK, HANDEL UND INDUSTRIE in der tschechoslowakischen Republik, in Mittel- und Osteuropa?
Nur die Tageszeitung Prager Presse
WER VERHILFT MIR zur erfolgreichen geschäftlichen Verbindung mit der Tschechoslowakei?
Ein Inserat in der Tageszeitung Prager Presse
Prager Presse
2 mal täglich – über 200000 Exemplare.
Prospekt und Probenummer gratis.
Adresse: Prag III. Tschechoslowakische Republik.

„Eintracht“
Braunkohlenwerke u. Brikettfabriken Aktiengesellschaft
in Neu-Welzow N.-L.
Hierdurch beehren wir uns, die Herren Aktionäre unserer Gesellschaft zur
XXXIV. ordentlichen General-Versammlung
die Donnerstag, den 31. März dieses Jahres, mittags 12 Uhr, in den Räumen der Mitteldeutschen Creditbank, Berlin, Burgstraße 24, stattfinden wird, ergebenst einzuladen.
Tagesordnung:
1. Vorlegung der Jahresrechnung und des Geschäftsberichtes für 1920.
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinnes.
3. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates.
4. Wahlen zum Aufsichtsrate.
Die Aktionäre, welche an der Generalversammlung teilnehmen wollen, haben gemäß § 26 des Statutes den Aktienbesitz, hinsichtlich dessen sie ein Stimmrecht ausüben wollen, spätestens am 24. März dieses Jahres
bei der Gesellschaftskasse in Neu-Welzow N.-L. oder
bei der Mitteldeutschen Creditbank, Burgstraße 24 in Berlin oder
bei den Herren Jacquier & Securius, An der Stechbahn 3/4 in Berlin oder
bei Herrn A. H. Wassermann, Burgstraße 30 in Berlin oder
bei der Deutschen Bank in Berlin oder
bei der Direktion der Disconto-Gesellschaft in Berlin oder
bei der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt, Abteilung Becker & Co., in Leipzig oder
bei einem Notar
mit doppeltem Nummernverzeichnis zu hinterlegen und die Stimmkarte, welche zugleich als Eintrittskarte für die Generalversammlung dient, in der Zeit vom 24. bis 31. März dieses Jahres in Empfang zu nehmen. Statt der Aktien können auch die Depotscheine der Reichsbank oder der Bank des Berliner Kassenvereins hinterlegt werden.
Die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht liegen vom 10. März dieses Jahres ab für die Herren Aktionäre in unserer Hauptverwaltung zur Einsicht bereit.
Neu-Welzow N.-L., den 7. März 1921.
„Eintracht“
Braunkohlenwerke u. Brikettfabriken.
Der Vorstand.

Spezial-Arzt
Dr. med. Grütering
Haut-, Harn-, Geschlechtsleid. b. Männ. u. Frauen, Blutunters. Invalidenstraße 38, Ecke Chausseestr., Stett. Bhf. Spr. wochentäglich 11-1, 4½-7.

Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß
Friedrichstr. 125 Oranienbg. Tor. 11-1, 5-7
Sonnt. 11—1. Syphilis, Harn-, Frauenleiden. Blutuntersuch. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilg. ohne Berufsstörung. Teilzahlg.

Spez.-Beh. nur für **Ischias**
Hüft-, Gesäß- u. Bein. Auch schw. Fälle in 15 Tag. beseitigt, hier üb. unantastb. Heilerfolge bestä. u. Referenz. Invalidenstraße 106, von 10—2. Jacoby

Gebr. Paßmann
Bettfedernfabrik
Essen-Ruhr II., Viehoferstr. 58
Deutschlands größtes Spezialhaus in nur Bettfedern, Daunen u. Einschüttstoffen. Direkter Import aus Ungarn, Polen u. China waggonweise. Eigene Dämpferei u. Wäscherei mit elektrischem u. Dampfbetrieb. Gegründet 1894.
Ueber 200 000 Kunden in über 5000 Orten Deutschlands.
Verlangen Sie Muster und Preisliste gratis. Jedes Bett wird nach Angabe besonders angefertigt.

Prozesse, Rat, Beistand, mäßige Preise, Teilzahlung. Ehe-, Alimenten-, Strafsachen, Steuern, Gnadengesuche. Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H., Alexanderstraße 45 (am Alexanderplatz, gegenüber Tietz) (9—7) Glänz. Erfolge! Beobachte. Tel.: Königst. 3593

Bei **Nervosität** körperlicher und geistiger Abspannung
Dr. Hoffbauer's ges. gesch.
Lecithin-Präparate
mit Eisen | mit Arsen | mit Kola
Aus reinstem, dem Hühnerei entzogenen Nervstoff oder Lecithin hergestellt.
Ausführl. Lit. gratis durch
Elefanten-Apotheke, Berlin SW 19, Leipziger Str. 74 (Dönhoffpl.).
Amt Ztr. 7192

Brillanten Juwelen **kauft** auch grosse Posten zum höchsten Kurs
Amsterdamer Diamantschleiferei
160 Friedrichstr. 160
Gegr. 1897.

Vorwärtsstrebende und Erfinder
Gute Verdienstmöglichkeiten! Aufklärung und Anregung erbende Broschüre: Ein neuer Geist 7 sendet gratis
F. Erdmann & Co., Berlin, Königgrätzer Str. 71.

Asthma mit Hustenanfällen und starker Verschleimung findet wirksame Hilfe durch Reichels echte Asthmatropfen, berühmt durch ihre Wirkung, 30 jähr. glänzende Erfolge. M. 9,50. Wo in Drog. u. Apoth. nicht erh. durch Otto Reichel, Berlin 43, SO, Eisenbahnstr. 4.

Achtung! Ausschneiden!
Von weit und breit kommen die Paare zu Richard Bonneck, um sich zu verloben.
Deutschlands größtes Spezial-Geschäft für Trauringe.
1 Ring Dukat. 0,900 gest. v. 145 M. an
1 „ 1½ „ 0,900 „ Stck. 303 M.
1 „ 2 „ 0,900 „ „ 406 M.
1 „ 0,585 gest. von 100 bis 210 M. je nach Gewicht.
1 „ 0,333 gest. v. 38,50 bis 120 M. je nach Gewicht.
Alles fix und fertig zum Mitnehmen.
Sämtliche Preise inkl. Luxussteuer.

Versand nach außerhalb.
Riesenauswahl aller in d. Uhren- u. Juwelenbranche vorkommenden Waren.
Stets Gelegenheitskäufe in Brillanten.
Diese Ringe Ornament Rose u. Myrthe sowie mit Inschrift „Du bist mein“, „Mit Willen dein Eigen“ in 0,585 Gold von 240 M. an.
Alle Weiten stets vorr.
RICHARD BONNECK
Hauptgeschäft: Berlin N, Schönhauser Allee 45 (Hochbahn: Danziger Straße), Tel.: Humb. 1344.
Filiale: NO, Landsberger Allee 41, Ecke Petersburger Straße. Tel.: Alex. 4390.
Telegramm-Adresse: Goldankel, Berlin.
Ankauf v. Gold u. Juwelen. Fahrg. u. vergütet.
Reichsbank-Giro-Konto.

Chemnitzer **Strumpfhaus**
Berlin, Leipziger Str. 58
1. Etage
Unübertroffen in Qualität u. Preis
Damenstrümpfe
Herren-Socken, Kinder-Strümpfe in allen Qualitäten und Preislagen

Möbel jeder Art bei kleiner Anzahlung und bequemer Abzahlung
Möbelhaus Andreasstr. 28 L
Strengste Diskretion.

Herrenzimmer! hochfeine, Bibliothek, 3 teilig, schwerer Diplomat, runder Tisch, Schreibsessel, Stühlen, nur 4000, Kinderpf. 1100.
Möbelhaus Hirschowitz nur Chausseestr. 40

Bettnässen! Befreiung sofort. Alter u. Geschlecht angeben. Ausk. umsonst. Vers.-Ban.-Artik.-Ges. Englbrecht, München B 49, Kapuzinerst. 9.

Lieber, Rat u. Hilfe (diskret) Hebamme Wolf, Zehdenicker Str. 21 (Rosent. Pl.)

Spezialbehandlung Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, sexu. Schwäche, Syphilis, Blutuntersuch., spez. chron. Harnleid. u. Ausflüsse, Licht- u. Finsen-Behdlg. in der Heil-Anst. „Löser“ **Dir. O. Löser, Münzstr. 5** nahe Alexanderplatz. 9-1, 4-8. Sonntags 9-1. Damen [illegible]

Kapitän-Kautabak
wieder reichlicher in der früheren guten Qualität zu beziehen durch die bekannten Verkaufsstellen
C. Röder, Berlin, Lichtenberger Str. 25. Alexgd. 658.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus
Fidelio
7 Uhr

Schauspielhaus
(Außer Abonnement)
Peer Gynt
6½ Uhr

Deutsches Theater
8 Uhr: Cäsar und Kleopatra
Do. 7: Die Jungfrau v. Orleans

Kammerspiele
8: Josua Selim Heitere Kunst
Donn. 7½ Uhr: Der König der dunklen Kammer

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
8: Die Passion (Auß. Abonn.)
Do. 7: Damen (Auß. Abonn.)

Theater i. d.
Königgrätzer Str.
½8 Uhr: **Jekaterina Iwanowna**
(Höflich, Bildt, Dernburg, Pröckl, Römer, Schiegel)
Donnerstag: Salome
Freitag: Heiterer Kunstabend **Josma Selim**
Sonnab.: Heiterer Kunstabend **Josma Selim**
Sonntag: Salome

Komödienhaus
Das weiße Lämmchen
½8 Uhr mit Pallenberg

Berliner Theater
Die spanische Nachtigall
½8 Uhr mit Emmy Sturm, Waßmann, Brandt, Kiser

Central-Theater
7½ U.: **Die Postmeisterin**
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Oberon**
Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ Uhr **Hoheit die Tänzerin**
Kl. Schauspielhaus
7½ Uhr **Reigen**
Komische Oper
7½ U.: **Zigeunerblut**
Lustspielhaus
7½ Uhr: Arnold Rieck in **Die Mausefalle**

Metropol-Theater
Wegen Vorbereitung zur Premiere geschlossen
Sonnabend, zum 1. Male:
Die blaue Mazur
Neues Operettentheat.
Fritz Werner
7½ Uhr: **Der lachende Ehemann**
Neues Volkstheater
7½ U. **Der Parasit**
Schiller-Theat. Charl.
3 Uhr: Der Meineidbauer
7½ U.: **Helden**
Thalia-Theater
7½ Uhr: **Mascottchen**
Th. am Nollendorfplatz
3½ Uhr: Die Zauberflöte
7 Uhr: **Wenn Liebe erwacht**
Theater des Westens
7½ Uhr: **Schwalbenhochzeit**
Th. i. d. Kommandantenstr.
7½ U.: **Der verjüngte Adolar**
Wallner-Theater
7½ Uhr **Die Tanzgräfin**

Walhalla-Theater
7½ U.: **Vogelhändler**

Residenz-Theater
Abends 7½ Uhr:
Lady Windermeres Fächer
Hetta Neuhoff
Adele Sandrock
Käthe Haack
Jul. Falkenstein

7½ U. **Trianon-Theater** 7½ U.
Leopoldine Konstantin in
Die Gesellschaft des Abbé Chateauneuf
und in **Abschiedssouper** von Schnitzler.
Ilka Grüning, Herm. Vallentin, A. E. Licho, Hugo Flink
Sonnt. 4 U.: Die Raschhoffs.

7 Uhr **Kleines Theater** 7 Uhr
Unter den Linden 44
Casanovas Sohn
Eugen Burg, Heinr. Schroth, Hans Albers, Mady Christians

Rose-Theater
7½ Uhr
„Ledige Mütter"

Varieté-Café
Moritzplatz
Oranienstraße 53/54
Täglich 8 Uhr:
Elite-Programm

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
7 Uhr: **Kabale u. Liebe**

Lessing-Theater
Heute und Donnerstag 7½:
Ein idealer Gatte
(Durieux, Götz, Loos)
Freit. 7½: Flamme (Dörsch)
Sonnabend bis Montag 7½:
Ein idealer Gatte
(Durieux, Götz, Loos)

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7½ Uhr:
Die Scheidungsreise
mit Max Adalbert

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Tägl. 7½
Der neue Schlager!
Der Großfürst
Ein lustiges Stück aus dem Berliner Leben in 3 Akten.
Berliner Humor! Berl. Typen!
Sonntag 3½: Höllenqualen.

7½ U. **Folies Caprice** 7½ U.
Linienstr. 132 (Oranienb. Tor)
Im Séparée
Ihr letztes Abenteuer
Nacktkultur
mit Ferd. Grünecker
Telephon: Norden 8650

Schall und Rauch
im Großen Schauspielhaus
Telephon: Norden 8643.
Konz. 7½ U. Beginn 8½ U.
Kurt Warnebold
Victor Schwanecke
Isabel Herma
und das
große März-Programm
Eintrittspreise von 5–35 M.

Königstadt-Theater
Bahnhof Jannowitzbrücke
Tägl. 7.30 Gala-Sänger
im Ballsaal TANZ

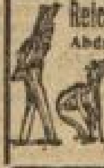
Circus Busch
Sarrasani
Täglich 7 U. Vorv. Circusk. ab 10 U. u. Warenh. Tietz
Mittw. 3 U.: Extravorstellg.
Prärie und Pußta
Nachm. Kind. halbe Preise

Behrenstraße 54
Präzise 7½ Uhr
14 Attraktionen

Wintergarten
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Theater am Kottbuser Tor
Tel.: Moritzpl. 148 14.
Tägl. 7½ u. Sonntags nachm. 3 Uhr

Elite-Sänger
Seit 1. 3.: Neues Programm, u. a.: Durch's Mietsamt oder: Zwangseinquartierung!
Sonntag nachm. halbe Preise!
Vorverk. tägl. 11–1½ u. 4–6 an der Theaterkasse u. Leipziger Straße 31 (Spittelkolonnaden)


Reichshall.-Theater
Abds. 7½ U. u. Sonnt. nachm. 3 Uhr:
Stett. Sänger
Varieté Dönhoff-Brettl Anf. 6½

PHILHARMONIE
Mozart-Abend
des Philharm. Orchesters
Dirig. Prof. R. Hagel
Sinf. B-dur; Sinf. Konzertan (F. Veit u. W. Höber)
Anfang 8 Uhr. Eintritt 3 M.

Schillersaal. Heute u. tägl. 8 U.
Lichtbildervorträge:
Knabe oder Mädchen

SCALA
Lutherstrasse
Die 7.30 Varieté-Bühne

Admirals-Palast
7½ **Die roten Schuhe**
Morg. 7½: Die roten Schuhe

Park-Restaurant Südende
Südring 1224

Tanz-Abende
täglich
außer Montag

Großes Schauspielhaus
An die Abonnenten
Es wird darauf hingewiesen, daß die Aufführungsserie des vierten Abonnementsstückes (4. Abend)
Der Kaufmann von Venedig Montag, 14. März
beginnt. Die Reihenfolge der Abteilungen für den 4. Abend ist folgende: 15.–25. Abteilung, dann Abteilungen 27, 29, 31, 33, hierauf Abteilungen 1–14.

Apollo-Theater
7½ Direktion: James Klein. 7½
Unwiderruflich nur noch bis 31. März
Das große Ausstattungsstück in 4 Bildern

Madame Dubarry's Liebesleben
mit der weltberühmten
Saharet
als Gräfin Dubarry.
Ueber 150 Mitwirkende! — Sonntag 3½ das vollst. Stück mit Saharet. — Jeder Erwachsene 1 Kind frei! — Vorverk. ab 10 Uhr ununterbroch.

Möbel sehr billig
auch auf Kredit
zu den kleinsten Zahlungsbedingungen
Liefere frei Haus. Liefere auch auswärts
Möbel-Groß
Große Frankfurter Straße 141
Invalidenstraße 5, Eingang Ackerstraße

Künstlerhaus Bellevuestr. 3 — Freitag, 11. März, Sonnab., 12. „ 8 Uhr abends:
Joachim Bellachini
Der Mensch vor 100000 Jahren
Naturwissenschaftlicher Erkenntnis dienender Demonstrations-Abend
mit 100 elektrischen Kolossal-Gemälden.
Wie das Leben entstand — Die Urwesen — Die Wunder des Urmeers — Die wandernden Erdpole — Vom Urtier zum Menschen — Wunder des Mikroskops — Der durchsichtige Mensch — Das Geheimnis des Menschenblutes — Psychoencephale Studien — Warum wir sterben — Der Mensch der Zukunft
Karten à 10 M., 5 M., 3 M. tägl. 10–5 Uhr im Künstlerhaus, Bellevuestr. 3

Bäckerei-Genossenschaft Berlin.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Zentrale Urbanstraße 70a.

Bilanz per 2. Januar 1921.

Aktiva.	M.	Passiva.	M.
An Anteilkonto G. E. G.	1218,20	Per Mitglieder-Guth.-Konto	5750,—
„ Gespannkonto	4514,—	„ Reservefondskonto	5100,—
„ Kautionskonto	2180,—	„ Spezial-Reservefonds-Konto	10845,30
„ Maschinenkonto	363,50	„ Kautionskonto	2000,—
„ Spesenkonto B	2050,—	„ Darlehnsschuldkonto	28850,—
„ Warenkonto	29853,64	„ Unterstützungsfondskonto	7500,—
„ Spesenkonto F	2000,—	„ Kontokorrentkonto	37753,39
„ Bilanzkonto	37246,39		
„ Gespann-Unk.-Kont.	1216,50		
„ Kassakonto	5330,29		
„ Dispositionsfondskonto	11767,28		
	97748,69		97748,69

Während des Geschäftsjahres gehörten der Genossenschaft 23 Genossen an mit einer Gesamthaftsumme von 5750 M. und einem Mitgliederguthaben in derselben Höhe. Die Gesamthaftsumme und das Mitgliederguthaben haben sich gegen das Vorjahr nicht vermehrt und nicht vermindert. — Das Geschäftsjahr ging vom 29. Dezember 1919 bis 2. Januar 1921. 188/5

Der Vorstand. Gustav Trombke. Wilhelm Zinnemann.
Der Aufsichtsrat. Hermann Hädnel. Wendelin Hanisch.

Unwiderrufl. 15. u. 16. März
Kinder-asyl- **Geld-Lotterie**
7101 Gewinne zus. Mark
Hauptgewinne **166665 60000 30000**
Lose zu 3 M. 60, Porto und Liste 1 M.
H. C. Kröger
Berlin W8, Friedrichst. 192/93 an der Leipziger Str.

21 Gegründet 1864 21

Pelz-waren en gros
Pelzhüte
Einzelverkauf
Alaskafüchse, Kreuzfüchse, Pelzkragen von 100 M. an, Pelzmäntel, Herren-Sportpelze
S. Schlesinger
Neue Königstr. 21
(Ordonnanz-Haus)
kein Laden, II. Stock
Bitte genau auf Firma und Hausnummer **21** zu achten!

Nutzeisen jeder Art:
Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandeisen, Gas-Siede-Rohre, T-Träger u. U-Eisen, Feldschmieden und Ambosse
sofort ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dircksenstr. 12,
Moritzplatz 12072 Ecke Voltairestraße Moritzpl. 12073.

Klavier kauft
sofort (gewerblich) Augenblick, Pallasstr. 8-9. Tel.: Kurf. 5120.

Gartenlandparzellen
zur Bewirtschaftung, Kapitalsanlage und Bebauung vorzüglich geeignet, sehr bequem erreichbar.
von 55 M. an die □R.
Auskunft, auch Sonntags, Niederschönhausen, Kaiser-Wilhelm-Str. 47, am Straßenbahnhof Nordend. Amt Moabit 8675. [134D*

*Geschlechts*kranke fanden, wenn alles andere versagte, nachweisbar noch Hilfe im **Natura-Institut** (ärztliche Leitung). Blücherplatz 3 (Hallesch. Tor). 10-1, 4-8, Sonnt. 11—1. Damenzimmer separat. Jeder Kranke verlange Dr. med. Ludwigs Aufklärungsschrift für 2,50 M. in verschlossenem Umschlage ohne Aufdruck. — Angabe des Leidens erforderlich.

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 1 M. Das fettgedruckte Wort 1,50 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte). — Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort (fettgedruckt) 1 M., jedes weitere Wort 60 Pfennig. — Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen für zwei Worte

Anzeigen die für die nächste Nummer bestimmt sind, müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstrasse Nr. 3, abgegeben werden. Dieselbe ist wochentags von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 5 Uhr ununterbrochen geöffnet

Verkäufe

Mahlsdorf-Waldesruh, Quadratrute 15 und 20, Anzahlung 100 Mark. Außerdem 6½ Morgen Acker, Wiese, Fließ am Bahnhof. Hülsen, Steglitz, Menzelstraße 11. Fernsprecher 2934. *

Gegen Ratenzahlung. Verkaufe Damenwäsche, Kostüme, Steppdecken, Diwandecken, nur prima Qualitäten, zu allerbilligsten Preisen. Max Jacobsohn, An der Spandauerbrücke 9 III, Bahnhof Börse. Kein Laden. 91/18

Staunenerregend! Kreuzfüchse 85, Rotfüchse 75 M. an, Alaskafüchse, Zobelfüchse sowie alle anderen Pelzarten, Pelzmäntel, alles zu bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen. Keine Lombardwaren! Leihhaus! Warschauerstraße 7. 172R*

Frühjahrskostüme 75,—, entzückende blaue Cheviotkostüme gefüttert 280,—, Covercoatmäntel 185,—, wasserdichte Riesmäntel 195,—, hochelegante Mantelkleider 280,—, reinwollene Kammgarnkostüme 440,—, Faltenröcke 85,—. Großes Lager direkt Werkstatt. Altmann, Rosenthalerstraße 44 III, Hackeschermarkt.*

Bettwäsche billig! Berlins bekanntestes Spezialgeschäft. Deckbettbezug 58,—, Kissen 15,—, Laken 28,—, Inlette 120,—, Handtücher, Wäschestoffe, staunend billig. Riesige Auswahl. Fahrtvergütung. Wäschefabrik, Stimpe u. Jäger, Landsbergerstraße achtundachtzig. 186R*

Gaskronen, Zuglampen, Wandarme, Gaskocher räumungshalber allerbilligst. Schröder, Hochstraße 33.

1800 M. Verkaufe geeignet zum Kauf guten Schlafzimmers, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küche. Einzelstücke entsprechend. Bequeme Restzahlung ohne Preisaufschlag. Gabbert, Veteranenstraße 11, Fabrikgebäude 2. Hof. 85/3*

Stubeneinrichtung mit Betten 1950 Mark. Kücheneinr. 650 Mark. Möbelschak, Brunnenstraße 160 (Eingang Anklamerstraße). 88/4*

Chaiselongues 125. Metallbetten 225. Kinderbrahtbett, weiße Schlafzimmer. Meicke. Auguststr. 32a. Quergebäude.

Schlafzimmer, weiß, solide Verarbeitung, hübsches Modell mit 1,60 breitem Ankleideschrank, Patent- und Auflage-Matratzen, komplett 4500,—, eichene Schlafzimmer in jeder gewünschten Größe von 3900,— an. Schlafzimmer-Spezialfabrik, Burgstraße 27 Börsehaus Börse. *

Kaufgesuche

Fahrradankauf, Linienstraße 19. 149R*

Kugellager, neu, rostfrei kauft jeden Posten P. Schulze Wilsnackerstr. 14. Moabit 648. *

Fahrradankauf. Kraus, Große Frankfurterstraße 92.

Tierfreund sucht jungen schottischen Schäferhund preiswert zu kaufen. Sommerfeldt, Blankenburg (Berlin), Straße 4. 420

Unterricht

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule. Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse. Herren-, Damenschneiderei. Wäsche, Putzkurse. Schnittzeichnen, Zuschneiden, Nähkurse. Schnittmuster. Fernsprecher Königstadt 337

Vertrauensvolle Auskunft gewissenhafte Behandlung. Frau Jancke, ärztl. geprüft, Glogauerstraße 32, Seitenflügel part. (Görlitzer Bahnhof). Auch Sonntags. 128R

Vertrauensvolle Auskunft Arzt zur Stelle. Hebamme Dvig, Neue Königstr. 37 (Alexanderplatz). 102R

Arbeitsmarkt

Vertreter
gesucht von alter Kornbranntweinbrennerei und Likörfabrik. Hohe Provision event. Spesen. Off. unter J. J. 529 an Rudolf Mosse, Berlin SW 19.

Tüchtige
Dame
für die
Leihbibliothek
sofort gesucht
Meldungen: 12—2 Uhr mittags
5—6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Belle-Alliance-Straße 1/2

Raulino Tabak
einmal versucht
immer verlangt.
— Für kurze Pfeife —

Schäg, roter	Streifen	100 gr	Mk.	5.—
„ lila	„	100 „	„	5.50
„ grüner	„	100 „	„	6.—
„ schwarzer	„	50 „	„	4.—

— Zu haben in den Zigarren-Geschäften. —
Hauptvertretung für den Großhandel: **Leo Hirschberg & Co., Frankfurt a. M.**
Fernsprecher: Hansa 1798, Hansa 3145.
171/R

Nähmaschinen auf Teilzahlung. Hahn, Prenzlauerstraße 20. 49/24*

Neuparzellierung Ostbahn. Siedlungsland mit gutem Gartenboden. C. Marnicke, N., Christianiastraße 14. I. Tel.: Moabit 8383. 161R*

Schutzhunde, Stubenhündchen, junge Foxterrier, Pinscher, Schäferhunde verkauft Schaffland. Palisadenstraße 23. 94/14*

Kreuzfüchse 185,—. Sämtliche Pelzarten Hälfte herabgesetzt. Herrengarderobe, Taschenuhren, Goldwarenlager staunend billig. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203/4. Ecke Rosenthalerstraße. *

Federhandwagen, Karren, Kasten- und Leiterwagen, Einzel oder billigst. Habeck, Dresdenerstr. 55. 1462D*

Zweiradwagen verkäuflich. Stalitzerstraße 44, Geld.

Hochherrschaftliche, wenig gebrauchte Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Cutawayanzüge, Smokinganzüge, Frackanzüge, Sommerpaletots, Hosen, Friedensqualität, Gelegenheitskauf. Schiffmann, Skalitzerstraße, Goldene 118. 31/1

Damenmäntel, Kostüme nach beendeter Engrossaison direkt vom Fabrikanten an Private sehr billig abzugeben. 9 bis 4 Uhr. Krausenstraße 30, vorn im Laden. 50/2

Tapeten, Wachstuche, Linoleum, Dauerwäsche verkauft Egillat, Koloniestraße 9. 133R*

Möbel

Gelegenheitsangebote. Säulenbüfett, Kredenz 950, Schreibtisch 600, Seidenplüschgarnitur 1300, Nußbaum-Salonschrank 480, großer Architektrumeau 700, geschnitzte Säulenschränke 575. Möbelhaus Kamerling, Kottbusser Ufer 16, am Weinbergsweg.

Sofaumbau 650.00, Umbauplüschsofa, Chaiselongue 200.00 bis 575.00, Auflegematratzen, Patentmatratzen 150.00. Walter, Stargarderstraße achtzehn. 176R

Rahmenküche, fast neu, billig zu verkaufen. Linke, Bandelstraße 9 IV. 99/6b

Staunenswert billig. Stube und Küche, Bettstellen, Trumeaux. Erstklassige Verarbeitung. Wegen großen Lagers soliden Käufern Zahlungserleichterungen zu Kassapreisen mit reeller Zinsberechnung. Tischlerei Rejewski, Badstraße 66. 156R

Musikinstrumente

„Adam's" größtes Spezialhaus für gebrauchte Pianos, Flügel, Harmoniums Bechstein, Blüthner und andere erste Firmen. Eigene Werkstatt, freie Lieferung. Adam, Münzstr. 16, Unter den Linden 17/18.

Verschiedenes

Vertrauensvolle Auskunft, langjährige Erfahrung, erfolgreiche, gewissenhafte Behandlung. Damen. Frau Zolbeu, ärztl. ausgebildet, Fruchtstraße 33, vorn III (Nähe Schlesischer Bahnhof.) 102R

Vertrauensvolle Untersuchungen, Arzt zur Stelle, Hebamme Hildesheim, Lothringerstraße 34/35. 116R*

Vertrauensvolle Auskunft. Frau Burmeister, staatlich geprüft, Neanderstr. 24. 1456D

Damen, Auskunft mit Erfolg. Frau Weidner, Greifswalderstr. 31, Eingang Kurischestr., I. Part. I r. 1482D*

Erfinder. Patentbureau Bockisch, Gertraudtenstraße 15, Zentrum 7808. 158*

Vertrauensvolle Auskunft gewissenhafte Behandlung. Frau Ehm, Hebamme a. D., Stargarderstraße 75, Seitenflügel. *

Die neueingerichtete Stelle eines
Berufsberaters
ist zum 1. April 1921 zu besetzen. Die Anstellung erfolgt nach erfolgreicher einjähriger Probezeit mit Beamteneigenschaft und Anspruch auf Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung nach Maßgabe des für die Beamten der Stadt Brandenburg geltenden Ortsstatuts.

Als Besoldung werden die Bezüge der Gruppe 8 der staatlichen Besoldungsordnung gewährt. Anrechnung auswärtiger Dienstjahre bleibt vorbehalten.

Bewerbungen sind unter Beischluß einer Arbeit über den Zweck und Bau des Berufsamtes mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften usw. bis zum 20. März 1921 einzureichen.

Brandenburg (Havel), den 5. März 1921. 39/3

Der Magistrat.

Bei der hiesigen Stadtverwaltung ist zum 1. April 1921 die neueingerichtete Stelle eines
hauptamtlichen Stadtarztes
zu besetzen.

Ihm werden in erster Linie die schulärztliche Fürsorge, ferner allgemeine Hygiene, Volkskrankheitenbekämpfung, ärztliche Untersuchung und Beratung der werdenden Mütter, sowie die hygienische Volksaufklärung übertragen. Privatpraxis ist nicht gestattet. Kreisärztliches Examen ist erforderlich.

Die Anstellung erfolgt zunächst als Vertragsangestellter mit Anspruch auf Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung nach den Vorschriften des Gesetzes betr. die Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten vom 30. Juli 1899 in der vom Bundesrat festgesetzten Mindesthöhe (§ 9 des Versicherungsgesetzes für Angestellte).

Als Besoldung werden die Bezüge der Gruppe 11 der staatlichen Besoldungsordnung gewährt.

Bewerber wollen ihre Gesuche unter Beifügung eines Lebenslaufes, Zeugnisabschriften und genauer Darlegung ihrer bisherigen Tätigkeit bis zum 20. März d. J. einschließlich an uns einreichen. 30/4

Brandenburg (Havel), den 5. März 1921.

Der Magistrat.

Bezirksleiter nach Kassel gesucht.
Der Agitationsbezirk **Kassel** der Sozialdemokratischen Partei sucht zu möglichst baldigem Antritt einen **Bezirksleiter.** Reflektiert wird auf erste Kraft mit klarem politischen Urteil und organisatorischer Befähigung. Gehalt nach Uebereinkunft. Offerten bis zum 20. März an den Vorsitzenden **R. Hauschild, Kassel,** Bahnhofstraße 10. 187/19*

Eine Erklärung Fehrenbachs.

Im Reichstag gab gestern nachmittag vor Eintritt in die Tagesordnung der Reichskanzler folgende Erklärung ab:

Die Londoner Verhandlungen sind abgebrochen. Unsere Delegation ist auf dem Rückwege. Ich bin der Meinung, daß in eine Erörterung der in London geführten Verhandlungen erst nach der Rückkehr Dr. Simons' eingetreten werden kann. (Sehr richtig!) Aber zu einer Maßnahme, welche die alliierten Regierungen beschlossen und bereits in Wirksamkeit gesetzt haben, glaube ich verpflichtet zu sein, sofort öffentlich und vor aller Welt Stellung zu nehmen, nämlich zu den

Sanktionen.

Ich beginne damit, daß ich dieses Wort in das richtige Deutsch übersetze. (Lebhafte Zustimmung.) Sie sind nichts anderes als Gewalttaten. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Die ehrwürdigen Begriffe des Rechts haben mit diesen Handlungen nichts zu tun. (Wiederholte lebhafte Zustimmung.) Es gibt keinen Rechtsboden für die militärischen Maßnahmen, welche die alliierten Regierungen jetzt eingeleitet haben, um einseitig festgesetzte Leistungen von uns zu erzwingen. (Sehr wahr!) Den Protest, den Dr. Simons schon in London gegen diese Zwangsmaßnahmen erhoben hat, wiederhole ich hier namens der deutschen Regierung und namens des deutschen Volkes. (Lebhaftes Bravo.) Wir stehen einem

Rechtsbruch

gegenüber, der durch keinerlei juristische Verkleidungen verhüllt oder gar geheiligt werden kann. (Sehr gut!) Ein Rechtsbruch, der durch die Tatsache nur verschärft wird, daß die verantwortlichen Staatsmänner siegreicher Mächte ihn durch ihren Namen zu decken suchen, daß er begangen wird an einem Volke, das keine Waffen hat, um sich der Gewalt erfolgreich zu widersetzen. (Wiederholte lebhafte Zustimmung rechts und bei den Regierungsparteien. — Zurufe der Kommunisten: Kapitalistische Politik!) Dieser Rechtsbruch wird auch dadurch nicht gemildert, daß er als Drohung bereits in dem Moment angekündigt worden ist, wo die Entente in den Pariser Beschlüssen ihre unmöglichen Forderungen an das deutsche Volk formulierte. (Sehr richtig!) Wir sind uns ganz klar geworden, daß uns in den Pariser Beschlüssen in der Tat etwas rein Unmögliches zugemutet worden ist. (Sehr richtig!) Die vergangenen Wochen haben uns in der Ueberzeugung nur festigen können, daß der Weg, auf dem die alliierten Regierungen eine Regelung der europäischen Verhältnisse und eine Liquidierung des Weltkrieges anstreben,

nimmermehr zu dem gewünschten Ziele

führen kann. (Sehr richtig!) Wenn er weiter verfolgt wird, kann die Verwirrung und das Unheil nur vergrößert und vertieft werden. (Sehr richtig!) Glauben wirklich die alliierten Staatsmänner, daß auf diesem Wege Europa aus der Wildnis herausgeführt werden kann? Ich bin fest davon durchdrungen, daß sie sich durch den vermehrten Druck, den sie jetzt auf Deutschland ausüben wollen, nur sich selber Verlegenheiten schaffen werden.

Neue Lösungen

werden gesucht werden müssen, die aus der Sphäre nie zu verwirklichender Konstruktionen auf den Boden der durch die menschlichen Kräfte bestimmten und begrenzten Möglichkeiten herabführen (Sehr richtig!) und an die Stelle der Gewalt, mag man sie Krieg oder Sanktionen nennen, die Weigemeinschaft des guten Willens setzen. (Lachen und Zurufe der Komm.: Von Kapitalisten!)

Wir sind bereit gewesen, zu unserem Teil diesen guten Willen zu betätigen. (Sehr richtig!) Wir haben uns nicht geweigert, aus dem Verlust des Krieges die notwendigen Folgen auf uns zu nehmen. Wir sind uns völlig klar darüber, daß wir beim Wiederaufbau der Welt die schwerste Last zu tragen haben würden. Wir haben uns auch redlich bemüht, unsere Gegner von den Grenzen der Leistungsfähigkeit zu überzeugen, die uns nun einmal gezogen sind. (Zuruf der Komm.: Durch den General von Seeckt! — Gegenrufe rechts: Pfui! Unglaublich!)

Es beginnt für das deutsche Volk, das schon unendlich Vieles während des Krieges und seit seiner Beendigung durchzumachen hatte, abermals eine schwere Zeit. Jetzt gilt es für das deutsche Volk die Höhe seiner Spannkraft zu beweisen, die Ausdehnung seiner Geduld und seiner treuen Ausdauer. (Sehr richtig!) Ich habe das Vertrauen zum deutschen Volke! (Bravo!)

Vor allem aber gedenken wir in diesem Augenblick der Teile unseres deutschen Vaterlandes, die wir mit heißer Liebe umfassen, die von den Maßnahmen der alliierten Mächte betroffen werden. Es war erzerhebend für uns — es ist ja wiederholt hier zum beredten Ausdruck gekommen —, wahrzunehmen, welcher Geist in diesen bedrohten Gebieten herrscht: der Geist der Entschlossenheit (Bravo!), der Geist der Ausdauer (Bravo!), der Geist des Mutes, alles auf sich zu nehmen, wenn es gilt,

dem deutschen Vaterlande treu

zu bleiben! (Stürmischer Beifall.) Wir danken unseren Mitbürgern in den bedrohten Gebieten für diese herrlichen Zeugnisse vaterländischer Gesinnung! (Erneuter lebhafter Beifall.)

Wir können ihnen nur unsererseits versprechen, alles zu tun, was möglich ist, um ihre schwere Lage zu mildern. (Beifall.)

Noch ein Wort zur Schuld am Kriege. Dr. Simons hat in London bereits gegenüber dem Urteil der Alliierten an das Urteil der Geschichte appelliert. Ich glaube aber, feststellen zu dürfen, daß das Urteil schon heute feststellt, daß die Aufbürdung der Schuld ausschließlich auf die deutschen Schultern nicht bloß eine Verkennung, sondern eine Kränkung der Herren Jswolski und Poincaré sowie auch gewisser englischer Staatsmänner bedeuten würde. (Stürmischer Beifall rechts und bei den Regierungsparteien.) Auch ich überlasse

das Urteil der Geschichte;

ich bin aber der Meinung, daß sie ihr Urteil abzugeben haben wird nicht bloß über die Schuld am Kriege, sondern auch über das Diktat des Versailler Friedens. (Stürmischer Beifall rechts und bei den Regierungsparteien.)

Entgegen den Absichten der Unabhängigen und Kommunisten, die unter heftigen Angriffen auf die Regierung sofortige Debatte verlangten, beschloß der Reichstag, die Aussprache zu verschieben.

Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Keil (Soz.) erklärt die Regierung, sie könne den angeforderten Bericht der Prüfungskommission des Preußischen Kriegsministeriums über

die Daimler-Motoren-Gesellschaft

noch nicht vorlegen, da das Strafverfahren noch nicht abgeschlossen sei.

Eine Ausfuhr von deutschem Zucker nach England (Anfrage des Abg. Dr. Levi, Komm.) ist nicht erfolgt. Es handelt sich um Durchfuhrzucker, der nur in der englischen Handelsstatistik als Zucker aus Deutschland angeführt worden ist.

Auf Anfrage des Abg. Löffler (Soz.), was die Regierung zu tun gedenkt, um den

von den Franzosen aus dem Gefängnis befreiten Mörder

Kupkas, den Polen Myrczik, wieder vor das ordentliche Strafgericht zu bringen, erwidert die Regierung, daß die Ententekommission einen besonderen Gerichtshof für Oberschlesien gebildet hat für die Verfolgung aller „durch den Nationalitätenkampf hervorgerufenen Verbrechen". Diese Verordnung hat die Reichsregierung seinerzeit nicht anerkannt, aber selbst, wenn sie rechtsgültig wäre, handelt es sich immerhin hier um ein gemeines Verbrechen, da der Täter aus Gewinnsucht gehandelt hat. Der deutsche Bevollmächtigte in Oppeln ist wegen der Befreiung des Mörders und der Beschlagnahme der Akten nachträglich bei der Kommission vorstellig geworden.

Richteramt und Frauen.

(Dritte Lesung des Gesetzes zur Entlastung der Gerichte.)

Abg. Leutheuser (D. Vp.): Auf keinen Fall sollte die Bestimmung über die Zulassung der Frauen als Schöffen und Geschworene in dieses Gesetz eingeführt werden. Wir bitten, den in der zweiten Lesung gefaßten Beschluß rückgängig zu machen.

Abg. Grüf (Dnat.): Die Frauen sollen mit der Zulassung warten bis zur Regelung der Angelegenheit beim Jugendgesetz, sonst erleben wir einen Umsturz der Rechtspflege. Man darf die Frauen durch ihre Zulassung zum Schöffengericht nicht einer immerhin

möglichen Verletzung des Schamgefühls

aussetzen.

Abg. Frau Dransfeld (Zentr.): Der Geist der Gesetzgebung muß auf die heutige Bedeutung der Frau im öffentlichen Leben umgestellt werden; bei einer Herauslösung von Einzelfragen aus dem Zusammenhang gibt es aber nur Flickwerk. Die sofortige Zulassung der Frauen als Schöffen ist sachlich gar nicht notwendig.

Abg. Frau Dr. Lüders (Dem.): Die Sorge für unser Sittlichkeits- und Anstandsgefühl sollte uns Frauen überlassen werden. Der Zulassung der Frauen als Geschworene haben wir zugestimmt. Die Vorlage, die diese Forderung verwirklicht, muß so zeitig eingebracht werden, daß die Frauen bereits in der nächsten Schwurgerichtsperiode einberufen werden können.

Abg. Frau Pfülf (Soz.):

Wenn es auf die Rechte ankäme, hätten wir heute noch nicht einmal das politische Wahlrecht der Frau, das von jener Seite immer noch als eine romantische Verirrung bezeichnet wird. Das Schamgefühl der Frauen wird nicht verletzt, wenn sie gegen schamlose Dinge in Gemeinschaft mit den Männern ankämpfen. Das ist eine ästhetische, aber keine moralische Bewertung. Gerade die Frauen sind unbestechlich in Fragen der Sittlichkeit und Volksgesundheit. Durch die Vertretung in öffentlichen Einrichtungen wollen wir ein Verhältnis zwischen Mann und Frau schaffen, durch das die Gesellschaft gefördert und die dringend notwendige Gesundheit des Volkes herbeigeführt wird. Daher weicht meine Fraktion in diesen Fragen keinen Schritt zurück.

Reichsjustizminister Dr. Heinze:

Politisch steht fest, daß die Frauen zum Dienst als Schöffen und Geschworene zugelassen werden. Die Frage ist nur, auf welchem Wege das juristisch möglich ist. Es bieten sich zwei Wege: entweder der, der bereits vom Reichstag angenommen ist, oder der des Antrages Leutheuser. Gegen den ersten sprechen zahlreiche Gründe, die Frau Dransfeld bereits in überzeugender Weise dargelegt hat. Die Annahme des Antrags Leutheuser würde keine Verzögerung bedeuten. Dadurch würde die Sache nur auf ein juristisches Gleis geschoben werden. Ich bitte um Annahme des Antrags. Ich hoffe, daß die

Vorlage schon in den nächsten Wochen

dem Reichsrat zugehen kann und daß die Frauen bereits in der nächsten Schwurgerichtsperiode einberufen werden können.

Abg. Frau v. Oheimb (D. Vp.): Es ist weniger wichtig, daß die Frauen als Schöffen und Geschworene zugelassen werden, als daß sie zu der Frage der Ablieferung der Milchkühe einheitlich Stellung nehmen. (Sehr richtig!)

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.): In diesem Reichstage ist nicht einmal für den kleinsten sozialen Fortschritt eine Mehrheit zu finden. Der bürgerliche Antrag will die Zulassung der Frauen als Schöffen und Geschworene aus dem Gesetze herauslassen. Der Abg. Graef behauptete, die Zulassung der Frauen würde eine Umwälzung der gesamten Rechtsverhältnisse mit sich bringen. Ich wünschte, er hätte recht; denn die

heutige Rechtspflege genießt das größte Mißtrauen

bei der Arbeiterschaft. Wir brauchen einen zuverlässigen Justizminister. Nicht im Interesse der Frauen, sondern im Interesse des ganzen Volkes bitten wir, es beim ersten Beschluß zu belassen.

Präsident Löbe: Soeben ist ein Abänderungsantrag Radbruch (Soz.) eingelaufen, die Reichsregierung zu ersuchen, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Frauen den Zugang zum Schöffen- und Geschworenenamt eröffnet.

Frau Zietz (U. Soz.): Wir haben die Behandlung nicht vergessen, die uns Frauen früher von den bürgerlichen Parteien zuteil geworden ist.

Abg. Brodauf (Dem.): Es handelt sich heute nicht darum, ob man Gegner der Frauenrechte sei oder nicht, sondern darum, auf welchem Wege man zum gemeinsamen Ziel kommen kann. Durch die heutige Ankündigung der Novelle wird der Antrag überflüssig.

Abg. Frau Pfülf (Soz.) begründet eine Entschließung, wonach zu dem im § 99 Absatz 2 der Reichsgewerbeordnung genannten Vorständen usw. auch Frauen zugelassen werden.

Der Antrag Leutheuser (D. Vp.) auf Streichung der in der zweiten Lesung beschlossenen Zulassung der Frauen zum Schöffen- und Geschworenenamte wird in namentlicher Abstimmung mit 183 gegen 146 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen. Dagegen stimmen sämtliche Sozialisten und vereinzelte Demokraten; in der Gesamtabstimmung wird das Gesetz gegen die Unabhängigen und Kommunisten angenommen. Ferner angenommen werden die Entschließungen auf Erweiterung des Güteverfahrens, und die Entschließung Leutheuser (D. Vp.) mit der Erweiterung „die allgemeine Zulassung". Darauf wird die Etatberatung beim Reichsschatzministerium fortgesetzt.

Abg. Rahmann (Soz.):

Wir begrüßen den Abbau der Kriegsgesellschaften, die keine Daseinsberechtigung mehr haben. Der Neuaufbau unserer Wirtschaft muß in gemeinwirtschaftlichen Formen geschehen. Dabei haben wir stärkstes Mißtrauen gegen die Persönlichkeit des Herrn Reichsschatzministers von Raumer. Herr von Raumer hat zu Beginn seiner Tätigkeit eine loyale

Durchführung des Elektrizitätsgesetzes

zugesagt. Der vorliegende Entwurf bedeutet aber eine Herausforderung aller Kreise, die für eine Gemeinwirtschaft eintreten. Er übertrifft noch die schlimmsten Erwartungen. Nach dem Entwurf soll der notwendige Zusammenschluß der Elektrizitätsgesellschaften im Wege freiwilliger Entschließung vollzogen werden. Der Einfluß der Arbeiter und Beamten ist auf ein Minimum beschränkt, obwohl auch gerade sie die wertvollsten Faktoren zu einem Wiederaufbau darstellen. Auch Abgeordnete müssen in den maßgebenden Körperschaften sitzen. Der Einfluß des Reichswirtschaftsrates und der Bezirkswirtschaftsräte ist ganz untergeordnet. Erst kürzlich ist ein bisher kommunal verwaltetes sächsisches Elektrizitätswerk in die Hände des Herrn Stinnes übergegangen! Ich hatte den Reichsschatzminister persönlich gebeten, den Verkauf zu unterlassen, aber er hat von seiner Befugnis zum Verbot keinen Gebrauch gemacht. Durch diesen Verkauf ist leider

der gigantische Einfluß des Herrn Stinnes

noch gesteigert worden. Immer tiefer greifen seine polypenartigen Arme in das deutsche Wirtschaftsgebiet hinein. Er begnügt sich nicht mehr mit seiner Wirtschaftsprovinz; er braucht ein Königreich für seinen Tatendrang und für die Unterbringung seiner ungeheuren Gelder. Auch das gemeinwirtschaftlich verwaltete Bochumer Elektrizitätswerk wird sich in kurzer Zeit dem großen Stinneskonzern anschließen müssen. Wirtschaftskönige sind aber auch gewohnt, außergewöhnliche politische Rechte zu beanspruchen. Das haben wir neulich bei der Schiffstaufe in Flensburg gesehen. Der Reichsschatzminister hätte die Uebernahme jenes Elektrizitätswerkes durch Stinnes verhindern müssen. Wir gönnen dem Handwerk einen recht goldenen Boden, aber große Reichsbetriebe dürfen nicht zu seinem Gunsten aufgelöst werden; das wäre ein wirtschaftlicher Rückschritt.

Dem Techniker gebührt größere Berücksichtigung

in der Verwaltung; er ist beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft schlechthin unentbehrlich. Bei der Behandlung des Kahn-Vertrages schien die Rechtspresse dem Wiederaufbauminister zunächst den sogenannten Antisemitenorden verleihen zu wollen. Wir müssen es natürlich ablehnen, daß zwischen Verträgen differenziert wird, die mit Juden oder mit Nichtjuden abgeschlossen werden. Doch nachher kam er im Reichsschatzministerium zu einem Frontwechsel. Durch die Behandlung des Falles von den Kerkhoff haben es die Herren von rechts verwirkt, hier als Sittenrichter aufzutreten. Die Firma Wagner, an der Herr von den Kerkhoff interessiert ist, wollte statt Kahn mit den Deutschen Werken ins Geschäft kommen. Es handelt sich um eine Art politisch-wirtschaftliche Erpressung, und von den Kerkhoff hat sein Mandat mißbraucht, wie ja überhaupt die Herren von rechts gern die politische Pistole erheben, um wirtschaftliche Erfolge zu erzielen. Heute ist die ganze Kahn-Angelegenheit eine geplatzte Seifenblase. Dunkle Mächte scheinen an der Arbeit gewesen zu sein, um

durch die Zerschlagung der Deutschen Werke die Unmöglichkeit von Sozialisierungsversuchen

zu beweisen. Wir verlangen ganz entschieden von der Regierung, daß sie alles tut, um eine Besserung der Lage der Deutschen Werke herbeizuführen. Die reichseigenen Betriebe müssen von Reich und Ländern durch genügende Aufträge unterstützt werden. (Der Redner kennzeichnet darauf Mißstände bei anderen reichseigenen Werken und verlangt dringend Besserung.) Der Wahrheitsapostel Bruhn hat zu dem beliebten Agitationsfutter Heu und Stroh gegriffen. Es handelt sich um die bekannten Futterschiebungen bei der Heeresverpflegung. Man will sagen, daß nur unter sozialdemokratischen Ministern derartige Schiebungen möglich waren. Man sollte auf der Rechten lieber vor der eigenen Tür kehren. Vom Minister v. Raumer hege ich nur die Erwartung, daß er die Wirtschaftsentwicklung, die wir Sozialdemokraten uns zur Aufgabe gemacht haben, unterbindet.

Mittwoch 1 Uhr: Unabhängige Interpellation über die Kalkteuerung, Weiterberatung, Reichsministerium des Innern.

Schluß 5½ Uhr.

Steuerfreiheit der Spekulationsgewinne!

Im Steuerausschuß des Reichstags hielten es die Regierungsparteien im Verein mit der äußersten Rechten für klug, ohne jede Rücksicht auf die durch die neuen Ereignisse geschaffene außen- und innenpolitische Lage Beschlüsse zu fassen, die nicht einmal unter völlig konsolidierten Verhältnissen gerechtfertigt werden können, die heute aber geradezu unverantwortlich sind.

Der Antrag der Regierungsparteien, die Erfassung der Veräußerungsgewinne und der einmaligen Spekulationsgewinne durch die Einkommensteuer zu streichen, fand die begeisterte Zustimmung des Abgeordneten Helfferich und wurde namentlich von dem Volksparteiler Becker gegen den scharfen Widerspruch der Genossen Keil und Simon-Schwaben sowie des Unabhängigen Dr. Herz mit großem Eifer verteidigt. Die Vertreter der Reichsfinanzverwaltung, die im vorigen Jahr die jetzt angefochtenen Bestimmungen in das Gesetz hineinbrachten, fanden sich mit der Streichung ab; ihr Wunsch, wenigstens doch

die einmaligen Spekulationsgewinne

der Besteuerung zu unterwerfen, fand bei den Regierungsparteien keine Beachtung. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Parteien angenommen!

Noch toller war der Antrag der Regierungsparteien, gewisse außerordentliche Einnahmen, darunter solche aus außerordentlichen Waldnutzungen, ohne Rücksicht auf ihre Höhe nur mit 10 Proz., wenn es sich um Waldnutzungen infolge „höherer Gewalt" handelt, sogar nur mit 5 Proz. zu versteuern! Alle noch so gewichtigen Einwände der Genossen Gruber, Keil und des Unabhängigen Herz prallten ab an der festen Absicht der auch hier von Helfferich unterstützten Regierungsparteien, gerade den leistungsfähigsten Steuerpflichtigen — und das sind heute die Waldbesitzer — weitgehende Vergünstigungen zu gewähren. Auch dieser Antrag wurde gegen die sozialistischen Stimmen angenommen. Nach diesen Leistungen wagten es die bürgerlichen Parteien nicht, den sozialdemokratischen Antrag abzulehnen, der bestimmte Kriegsbeschädigtenbezüge bis zum Betrage von 8000 M. freilassen will. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Die Steuerfreiheit für Beiträge zu politischen Zwecken wurde gegen die Stimmen der Rechten aufgehoben, für Beiträge zu wissenschaftlichen, künstlerischen, kirchlichen, gemeinnützigen und mildtätigen Zwecken bleibt sie bestehen, soweit die Beiträge 5 Proz. des Einkommens nicht übersteigen.

Ein Antrag Herz (U. Soz.), wonach aus Anlaß dieser Steuerfreiheit keine Senkung des Steuertarifs für das verbleibende steuerpflichtige Einkommen eintreten sollte, wurde von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Die Bestimmungen über das Veranlagungsjahr fanden im wesentlichen nach der Regierungsvorlage Annahme.

Verkümmerte Heereskammern.

Der Wehrgesetzausschuß des Reichstages beriet am Dienstag die zurückgestellten §§ 9 und 10 betr. die Heereskammern. Auf Anfrage aus dem Ausschuß über die Erfahrungen, die bisher mit den Heereskammern gemacht sind, antwortete der Reichswehrminister, daß die Heereskammern als Organisation gedacht seien, in der die Reichswehrangehörigen ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten könnten. In den ersten Tagen haben sie sich auch mit Fragen befaßt, die nicht zu ihrer Zuständigkeit gehörten. Das ist aber später unterblieben und die Kammern haben sich später bewährt. — Ein Abänderungsantrag der Sozialdemokraten und der Unabhängigen will die §§ 9 und 10 wie folgt abändern:

„Als beratende und begutachtende Körperschaft wird eine aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen des Verhältniswahlsystems hervorgegangene Heeres- und Marinekammer gebildet. Die Kammer gibt sich ihre Geschäftsordnung selbst. Sie hat das Recht, zu allen, Heer oder Marine betreffenden, Gesetzentwürfen, Verordnungen, Dienstvorschriften, Verfügungen Stellung zu nehmen, soweit sie nicht den Waffendienst betreffen. Die Beschlüsse der Kammer sind dem Reichswehrminister und dem Reichstage unverzüglich zur Kenntnis zu bringen."

In der Aussprache zeigte sich Uebereinstimmung darüber, daß die Bestimmungen der Regierungsvorlage etwas dürftig sind. Die Redner der Rechten lehnten aber den Antrag der sozialistischen Parteien als zu weitgehend (!) ab. — Minister Geßler will erst einmal die Erfahrungen abwarten, ehe über die Regierungsvorlage hinausgegangen werde. Der Antrag der sozialistischen Parteien wurde abgelehnt mit Ausnahme der Forderung, daß die Beschlüsse der Kammern dem Reichswehrminister und dem Reichstag unverzüglich zur Kenntnis zu bringen sind. Außerdem wurde ein Antrag angenommen, wonach die Kammern dem Reichswehrministerium unmittelbar unterstellt werden, und endlich ein Antrag, wonach die Verfassung und Zuständigkeit der Heeres- und Marinekammern durch ein besonderes Reichsgesetz geregelt werden sollen. Der § 9 wird mit diesen Aenderungen angenommen.

Damit war die erste Lesung des Entwurfs beendet. In der zweiten Lesung wurden die ersten 21 Paragraphen des Gesetzes entsprechend den Beschlüssen der ersten Lesung unverändert angenommen.

Heute abend: Mitgliederversammlungen in den bekanntgegebenen Lokalen | **Freitag, den 11. März: Allgemeine Funktionärkonferenz**

Sonntag, 13. März: Flugblattverbreitung in Groß-Berlin

Gewerkschaftsbewegung

Gesinnungsschnüffelei der Metallindustriellen!

Das hiesige Ortskartell des Afa-Bundes übersendet uns ein anscheinend geheimes Rundschreiben des Verbandes Berliner Metallindustrieller, welches sich mit der Kündigung der Lohnsätze der Angestellten beschäftigt.

Dieses Rundschreiben enthält, wenn auch in verschleierter Form, Richtlinien, in welcher Weise man sich den freigewerkschaftlichen Angestellten gegenüber verhalten soll. Es zeigt zugleich, in welch besonderer Gunst die Mitglieder der gelben Angestelltenverbände bei den Industriestellen stehen. Von Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes und von Artikeln der Reichsverfassung, die die Koalitionsfreiheit schützen, scheinen die sonst so rechtskundigen Herren des Verbandes Berliner Metallindustrieller nichts zu wissen. Wir lassen das Rundschreiben unverkürzt folgen:

„Nr. 5 vom 5. März 1921 (B. B. M. J.).

Kündigung der Tarifsätze des Angestelltentarifvertrags durch den Allgemeinen freien Angestelltenbund, Ortskartell Groß-Berlin.

Auf die vom Allgemeinen freien Angestelltenbund erhobenen und von uns bereits bekanntgegebenen Forderungen ist dem Afa-Bund auf Beschluß der Vertrauenskommission vom 23. Februar 1921 geantwortet worden, daß seine Forderungen abgelehnt werden und daß sich infolgedessen Verhandlungen erübrigen. Nach § 15 Ziffer 4 des Tarifvertrags vom 28. Juni 1920 haben wir als Tarifpartei die Berechtigung, bei Kündigung des Rahmenvertrags oder der Tarifsätze auch die Kündigung der anderen Angestelltenverbände, mit denen der Tarif abgeschlossen ist, als erfolgt anzusehen. Eine derartige Erklärung haben wir in der hierfür vorgesehenen Frist nicht abgegeben.

Die sich aus Vorstehendem ergebende Rechtslage ist nunmehr die folgende:

Der Tarif für Angestellte in der Fassung und mit den Gehaltssätzen vom 28. Juni 1920 gilt zunächst weiter, weil er vom Reichsarbeitsministerium für allgemein verbindlich erklärt worden ist. Diese allgemeine Verbindlichkeitserklärung erstreckt sich jedoch nicht auf den Schiedsspruch vom 21. Dezember 1920. Dieser Schiedsspruch hat vielmehr lediglich die rechtliche Wirkung eines zwischen denjenigen Parteien geltenden Tarifvertrags, die diesen Vertrag abgeschlossen haben. Es besteht also für unsere Verbandsfirmen eine Verpflichtung zur Zahlung des Gehaltsmehrbetrags gemäß Schiedsspruch vom 21. Dezember 1920 nur denjenigen Arbeitnehmern gegenüber, welche ebenfalls Mitglieder der Vertragspartei sind, d. h. welche dem Gewerkschaftsbund der Angestellten, dem Gewerkschaftsbund der kaufmännischen Angestelltenverbände und dem Verband der katholischen Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen Deutschlands angehören. Nachdem der Afa-Bund hinsichtlich der Gehaltssätze als Vertragspartei durch seine Kündigung der Gehaltssätze ausgeschieden ist, besteht den Mitgliedern des Afa-Bundes gegenüber eine derartige Verpflichtung nicht mehr.

Selbstverständlich ist es nicht angängig, Angestellte, welche Mitglieder des Afa-Bundes sind, jetzt ohne weiteres um die ihnen zufolge des Schiedsspruches vom 21. Dezember 1920 gewährte Zulage in ihrem Gehalt zu verkürzen. Hierzu ist vielmehr eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses erforderlich. Eine Empfehlung, derartige Kündigungen vorzunehmen, möchten wir nicht aussprechen, jedoch weisen wir ausdrücklich darauf hin, daß bei Neueinstellungen von Angestellten, die dem Afa-Bund angehören, eine Verpflichtung zur Zahlung der durch Schiedsspruch vom 21. Dezember 1920 erhöhten Gehälter nicht besteht, diese vielmehr nur Anspruch auf die Sätze des Tarifvertrags vom 28. Juni 1920 haben."

Wir erfahren, daß der Afa-Bund zur Beilegung der entstandenen Differenzen das Reichsarbeitsministerium angerufen hat. Es dürfte interessant sein zu beobachten, in welcher Weise diese behördliche Stelle ihre Entscheidung fällt und wie sich der Verband Berliner Metallindustrieller nach dieser Entscheidung zu verhalten gedenkt.

Die Lohnbewegung im Nahrungsmittelgroßhandel.

Die Lohnforderungen der im Nahrungsmittel-Großhandel tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen sind bekanntlich durch den von uns mitgeteilten, sonderbar begründeten Schiedsspruch pure abgelehnt worden, worauf eine Versammlung der Arbeitnehmer ein Ultimatum zu Dienstag mittag beschlossen hatte. Gestern abend waren nun die Arbeitnehmer auf Einladung des Transportarbeiterverbandes wieder äußerst zahlreich versammelt. Der Sektionsleiter Schultz berichtete, der Geschäftsleiter der Organisation der Arbeitgeber habe auf das Ultimatum dem Verband folgendes mitgeteilt: Der Wunsch nach neuen Verhandlungen, die bis zum Dienstag mittag abgeschlossen sein sollen, lasse sich aus praktischen Gründen nicht durchführen, da der Vorstand zu weiteren Verhandlungen über Lohnerhöhungen erst die Ermächtigung einer Mitgliederversammlung der Arbeitgeber einholen müsse. Diese Mitgliederversammlung werde bestimmt Mittwoch stattfinden. Donnerstag früh könnten die Vertreter der Arbeitnehmer Bescheid haben. — Zu diesem vorläufigen Bescheide bemerkte Schultz, daß das Ultimatum allerdings etwas kurz gewesen sei, und daß es wohl nicht angängig wäre, die Möglichkeit einer weiteren Verhandlung beiseite zu schieben. Für den Fall, daß nach Erschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten die Unternehmer keine Zugeständnisse machen, hat der Verbandsvorstand beschlossen, einen dann eintretenden Streik zu sanktionieren. Nach der sehr lebhaften Debatte wurde beschlossen: „Den Unternehmern wird bis Donnerstag Zeit gelassen zu neuen Verhandlungen, die bis nachmittags um 5 Uhr eingeleitet sein müssen." Sollten die Unternehmer in ihrer Mitgliederversammlung jedwede weitere Verhandlung ablehnen, so ist für Freitag früh mit dem Streik zu rechnen. Am Donnerstag abend 7 Uhr findet wieder in den Arminhallen (blauer Saal) eine Mitgliederversammlung der Branche statt, die zu den eventuellen Zugeständnissen oder zum ablehnenden Verhalten der Unternehmer endgültig Stellung zu nehmen hat. Ueber die Frage: Streik oder nicht? wird dort geheim abgestimmt werden.

Der Streik der Hamburger Metallarbeiter.

Hamburg, 8. März (TU.) Eine Massenversammlung der Ausständigen der Metallarbeiter in den Landbetrieben der Eisenindustrie beschäftigte sich mit dem Ergebnis der letzten Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Es wurde allgemein betont, daß nach dem wenig entgegenkommenden Verhalten der Arbeitgeber gegenüber den berechtigten Forderungen der Arbeiter von einer Beendigung des Kampfes nicht die Rede sein könne. Es wurde dann auch nach kurzer Aussprache einstimmig beschlossen, den Kampf nicht eher abzubrechen, als bis die Arbeitgeber weitere Zugeständnisse gemacht hätten. Die Versammlungsleitung teilte dann noch mit, daß von dieser Woche an eine erhöhte Streikunterstützung gezahlt werde.

Neuregelung der Ueberschichtenfrage? Bei den Verhandlungen über eine vorläufige Neuregelung der Ueberschichtenfrage im Bergbau, die demnächst in Essen fortgesetzt werden sollen, handelt es sich, wie die „Frankfurter Zeitung" zu melden weiß, vor allem darum, einen Ausgleich zu finden zwischen dem Verlangen der Arbeiter nach Abschaffung der seit einem Jahr eingeführten Ueberschichten und der Notwendigkeit, die Kohlenproduktion so hoch wie irgend möglich zu halten. Vielleicht wird man dazu gelangen, an die Stelle der zwei halben Ueberschichten, die bisher wöchentlich verfahren wurden, eine täglich gleichmäßig zu leistende Mehrarbeit zu setzen, wobei, wie man annimmt, eine kürzere Gesamtarbeitsdauer genügen würde, um die bisherige Produktion aufrechtzuerhalten.

Der Deutsche Portierverband hielt am 6. d. M. seine Generalversammlung ab, die die Neuwahl der Sektionsleitung vorzunehmen hatte, die folgendes Resultat ergab: Einstimmig wurde Kollege Leube als 1. Sektionsleiter gewählt; Kollege Kosinski erhielt als 2. Sektionsleiter die Majorität. Einstimmig wurden auch die Kollegen Schreiber als 1. und Walterstein als 2. Schriftführer gewählt; auf Kollegen Dickert fiel die Wahl als Delegierter zur Ortsverwaltung.

Worm brachte eine Resolution ein, die von der Ortsverwaltung fordert, daß sie ihre Taktik nach dem bekannten offenen Brief der K.A.P.D. einstellt. Ein Antrag des Kollegen Ortmann auf „Uebergang zur Tagesordnung" wurde gegen sehr wenig Stimmen angenommen, was die Kommunisten veranlaßte, laut protestierend den Saal zu verlassen.

Auf nach Moskau! Die italienischen Gewerkschaften halten zurzeit in Livorno ihren Kongreß ab. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung" siegten hier, wie auf dem Sozialistentag, die Anhänger Moskaus mit großer Mehrheit.

Eine Arbeitsgemeinschaft für den Maschinenbau ist am 7. März gegründet worden. In dieser sind die nachgenannten Organisationen zusammengeschlossen. Auf Arbeitgeberseite der Verein deutscher Maschinenbauanstalten als Spitzenorganisation aller wirtschaftlichen Fachverbände des Maschinenbaus; auf Arbeitnehmerseite: Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa), Zentralverband der Heizer und Maschinisten, Deutscher Werkmeisterverband, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften, Christlicher Metallarbeiterverband, Gewerkverein deutscher Metallarbeiter (H.-D.).

Der internationale Kongreß der Roten Gewerkschaften ist nach einer Moskauer Meldung auf Antrag verschiedener Landesorganisationen auf den 1. Juli verschoben worden.

Bekleidungsarbeiter der S.P.D. Freitag 7 Uhr im Englischen Hof, Alexanderstraße 7b, Versammlung. Als Legitimation dient Mitgliedskarte oder -buch des Verbandes und der S.P.D. Mitglieder, die der S.P.D. nicht angehören, jedoch durch ein Mitglied derselben legitimiert werden, haben gleichfalls Zutritt. — Die S.P.D.-Betriebsräte.

Zentralverband der Angestellten. Spezialen: Heute abend 7 Uhr Mitgliederversammlung, Prechtfälle „Alt-Berlin", Blumenstr. 18.

Deutscher Transportarbeiterverband. Donnerstag, den 10. März, abends 6 Uhr im Lokal von Sitte, Potsdr. 29, für alle in der Damenhüte- und Putzbranche beschäftigten Kolleginnen und Kollegen Gruppenversammlung. — Chemische Branche. Gruppe Verbandstoffe: Donnerstag, den 10. März, abends 7 Uhr, in Willes Festsälen, Gebauerstr. 29, Gruppenversammlung. — Sektion 3. Kunstspitze, die auf dem Boden der Amsterdamer Internationale stehen, treffen sich zu einer sehr wichtigen Sitzung am Donnerstag, den 10. März, abends 6½ Uhr, im Lokal von Wolffsläger, Adalbertstr. 21.

Obleute und Vertrauensmänner sämtlicher Brauereibetriebe! Donnerstag, den 10. März, abends 6 Uhr, im Klubhaus, Ziegelstraße 2 I, Versammlung sämtlicher Obleute und Vertrauensmänner der Groß-Berliner Brauereibetriebe. Es handelt sich um endgültige Stellungnahme gegenüber dem ablehnenden Verhalten der Unternehmer. Das Mitgliedsbuch eines Afa-Verbandes dient als Ausweis.

Aus der Partei.

Zur Nachahmung empfohlen. Die Kölner Parteigenossen erhöhten den wöchentlichen Beitrag auf 1 Mark für Männer und 50 Pf. für Frauen. Die besonderen Wahlbeiträge fallen in Zukunft fort.

Soziales.

Abbau der wirtschaftlichen Demobilmachung.

Die Notiz in Nr. 109 des „Vorwärts" unter der Ueberschrift „Arbeitsnot und Freizügigkeit" ist ein Schulbeispiel dafür, wie Gesetzesbestimmungen nicht gemacht werden sollen. Denn die aus dem Reichsarbeitsministerium gemeldete wesentliche Einschränkung der Freimachung von Arbeitsstellen ist, ehe die Erhebungen anscheinend eingeleitet wurden, in einer Weise erfolgt, die einer gänzlichen Aufhebung gleichkommt.

Durch die Verordnung über die Beendigung der wirtschaftlichen Demobilmachung vom 18. Februar 1921 (Reichsgesetzblatt Nr. 19, Seite 189) ist nämlich angeordnet, daß bis zum 31. März 1921 die von den Kommunalverbänden errichteten Demobilmachungsausschüsse aufzulösen sind. Mit ihrer Auflösung fällt aber die Verordnung vom 25. April 1920 betreffend Freimachung von Arbeitsstellen (Reichsgesetzblatt Nr. 92, 1920, S. 708 ff.) in sich zusammen. Nach ihr sind die Demobilmachungsausschüsse diejenigen Stellen, welche die Freimachung von Arbeitsstellen durchzuführen haben. Die Demobilmachungskommissare haben dabei nur als übergeordnete Instanz mitzuwirken, die in der Hauptsache über Beschwerden betreffend Anordnungen der Demobilmachungsausschüsse auf Anruf zu entscheiden und dann ihre Entscheidung durchzuführen haben, keinesfalls aber von vornherein zu solchen Anordnungen befugt sind. Nach Auflösung der Demobilmachungsausschüsse besteht tatsächlich keine Instanz mehr, die befugt ist, Anordnungen auf Grund der Verordnung vom 25. April 1920 zu treffen. Wohl heißt es in der neuen Verordnung: „Die Landeszentralbehörde oder die von ihr bezeichnete Stelle kann die einem Demobilmachungsausschusse verbleibenden Aufgaben einem anderen Ausschuß übertragen, unter dessen Mitgliedern sich eine gleiche Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern befinden muß." Es ist aber falsch, daraus zu schlußfolgern, daß dort, wo andere Ausschüsse Aufgaben der Demobilmachungsausschüsse übertragen bekommen, damit alles beim alten bleibt. Denn rechtlich sind ihnen die Befugnisse der Demobilmachungsausschüsse nur in bezug auf verbleibende Aufgaben übertragen. Es müssen also einige zu erledigende Aufgaben in Wegfall gekommen sein, und das können nur die in bezug auf Freimachung von Arbeitsstellen sein. Wenn nun im Reichsarbeitsministerium jetzt erst die Meinung der in Betracht kommenden Instanzen darüber eingeholt wird, ob die Verordnung über Freimachung von Arbeitsstellen in den Großstädten mit besonders ungünstigen Arbeitsverhältnissen aufrechterhalten werden solle, so kommen diese Erhebungen sehr verspätet.

Wer die Verordnung vom 18. Februar 1921 oberflächlich liest, ist allerdings leicht geneigt anzunehmen, daß damit vorläufig wenig geändert ist und selbst die Demobilmachungsausschüsse in anderer Form vorläufig wieder aufleben könnten. Dies anzunehmen, widerspricht aber dem Wortlaut der beiden Verordnungen, wie schon vorstehend nachgewiesen ist.

Freilich, eine Aufhebung irgendeiner Verordnung ist zunächst nicht ausgesprochen. Erst mit dem 31. März 1922 sollen die Anordnungen der Reichsministerien und der übrigen Demobilmachungsbehörden auf Grund der die wirtschaftliche Demobilmachung betreffenden Befugnisse außer Kraft treten, sofern nicht durch Gesetz oder besondere Anordnung ein früherer Zeitpunkt bestimmt ist. Offiziell besteht deshalb die Verordnung betr. Freimachung von Arbeitsstellen auch noch über den 31. März 1921 hinaus, da aber die Träger derselben, die Demobilmachungsausschüsse, verschwinden, hängt die Verordnung in der Luft und kann ihre Wiederbelebung nur durch besondere Bestimmungen erfolgen.

H. B.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Hierzu 1 Beilage.

Kukirol
beseitigt schnell, sicher und schmerzlos
Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen.
Millionenfach bewährt.
Schachtel M. 3.-
In Apotheken u. Drogerien erhältlich

Willst du immer, daß der Pole
1 2 3 4 5
dann sonst nimmt's ein schlimmes Ende . . .
Zahlungen: Grenz-Spende für O.-S. Postscheck-Konto Berlin NW 7, 168 655. Bank-Konto: Dresdner Bank, Dep.-Kasse M. 2. Berlin, Flensburger Straße 19 A. für Grenzspende für O.-S.
Oms, Bln.-Steglitz

Sie sparen Seife
da Seife überflüssig bei Benützung von
Persil
das selbsttätige Waschmittel
Preis das Paket nur M. 4.–
Hersteller: Henkel & Cie., Düsseldorf

Lungenkranke
finden schnelle, sichere, schmerzlose Behandlung. (Neues, kombiniertes Heilverfahren.) Größte Erfolge.
Dir. Pfundt, Herzfl. Lichtheilanstalt Leitung Kurfürstenstraße 149
a. d. Potsd. Str. Spr. 10—1 u. 4—7. Unbemittelte unentgeltlich.

Tuchfabrik-Niederlage
von H. Lamprecht, Berlin-Treptow, Bouchéstr. 17, verkauft Damen-, Herrenstoffe zu Fabrikpreisen an Private

Das Christusproblem gelöst! Soeb. erschien vor 1900 Jahr.! Wer war Jesus Christus? In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument gefund. worden, das ganz genau mitteilt, wer Jesus Christus war: ein Bundesbruder des Essäerbundes, einer Art Freimaurervereinigung. Es ist der Bericht des Aeltesten dieses Bundes in Jerusalem an den Aeltesten in Alexandrien. Ein christlicher Priester versuchte bei der Entdeckung das Dokument zu vernichten, da sich die ganzen mystischen Wundergeschichten auf einmal ganz natürlich erklären. Die Vernichtung gelang ihm aber nicht. Dieser Bericht ist von Pere. Schmidt ins Deutsche übersetzt. Kein Denkender wird das Werk unbefriedigt aus der Hand legen. Preis Mk. 6,50 und Mk. 1,10 fr. Nachnahme.
Gr. Bücherkatalog gratis. Albrecht Dorguth, Verlag, Leipzig 42